

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 57

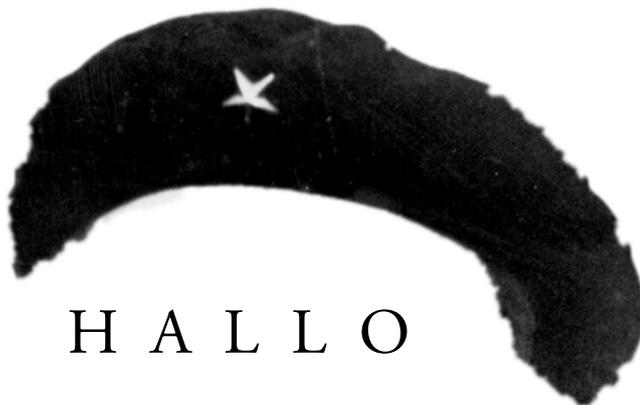
Nov. / Dez. 2011



Celle unter Schwarmstrom
Rekommunalisierung gescheitert
Landkreis schiebt Roma ab
Jenseits des Wachstums
Rosa Luxemburg Club Celle

INHALT

Vorwerker Siedlung Teil von Schwarmstrom	
ZuhauseKraftwerke von Lichtblick	3
Konzessionsvertrag mit SVO	
Kein Plan B für Rekommunalisierung	4
Nach der Kommunalwahl	
Fast alles bleibt beim Alten	5
Abschiebung aus Celle am 12. Oktober	
„Es ging alles ganz schnell“	6
Neues aus Wietze	
7,79 Euro? „Lobenswert!“ (Bode)	7
Laternengespräche	
Besetze deine Bank!	8
Quer durch Stadt und Landkreis	10
Castor stoppen – Auf ins Wendland	11
Uranabbau – Abwälzung der Kosten	
Ene, mene, muh – die Kosten zahlst du	12
Bankenaktion in Celle	
»Sleep In« in Innenstadt	14
Celle im NS / »Kunst auch hier!«	15
Eschede – Johannes Kneifel ein Held?	
Mahnmal für P. Deutschmann gefordert	16
Der Celler Rosa Luxemburg Club	
Trüffelschwein der Mosaik-Linken	19
Adelheid Biesecker im Rosa Luxemburg Club	
Gutes Leben statt Wachstum	22
Rezensionen Sachbücher	24
Rezensionen Regionalkrimis	25
Kinotermine	26
Termine in Kultur & Politik	27



HALLO

„Die Minderheit hat überall ein ewiges Recht, nämlich dasjenige, die Wahrheit zu proklamieren, oder das, was sie dafür hält.“

Maximilien de Robespierre

Dieses Recht nehmen wir uns mit jeder Ausgabe der revista. Das kostet uns nicht nur einiges an Zeit, sondern leider auch an Geld. Wie ihr wisst, verteilen wir die Zeitung kostenlos. Das machen wir vor allem deshalb, weil ein Verkauf uns weitere kostbare Lebenszeit »rauben« würde.

Der Druck kostet Geld, auch wenn es sich durch den Verzicht auf Vierfarb-Hochglanz in überschaubaren Grenzen hält. Bezahlte »Anzeigen« nehmen wir nur von Freund_inn_en. Und aktuell droht mal wieder Ebbe in der Kasse.

Mittlerweile haben wir ja eine sehr ansprechende Online-Präsenz; Die kostet praktisch nichts. Aber: Wir kennen euch. Nur die wenigsten haben am Bildschirm den Nerv, mehr als kurze Meldungen zu lesen. Und bei allem, was euch nicht auf Anhieb interessiert, folgt ein Mausclick. Das ist, so hoffen wir, bei einer Printausgabe anders. Da blättert ihr bei einem langen Artikel zuerst weiter, aber irgendwann vielleicht auch nochmal zurück.

Deshalb möchten wir diejenigen, die unsere Arbeit schätzen, weil wir sie (und andere in dieser Stadt) mit Informationen und Anregungen versorgen, auffordern: Tätigt mal wieder eine Überweisung, auch wenn wir euch keine Spendenquittung geben.

Ansonsten veranstalten wir am 29. Dezember im Bunten Haus eine Benefiz-Party. Da wollen wir Scheine sehen!

Bis denn – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, c/o Buntes Haus, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

ZuhauseKraftwerke von Lichtblick

Gut 170 Wohnungen in Celle werden seit Ende September mit Strom und Wärme aus so genannten ZuhauseKraftwerken versorgt. Die Vorwerker Siedlung »Veilchengrund« wird damit zu einem ökologischen Vorzeigebjekt. Denn: Bei den Blockheizkraftwerken (BHKW) werden im günstigen Fall 90 % des eingesetzten Erdgases genutzt, weil sie Wärme produzieren und überschüssig erzeugter Strom ins Netz eingespeist wird. Im Hintergrund steht die Kooperation zwischen VW und dem Hamburger Ökoenergie-Unternehmen Lichtblick. Insgesamt sollen 100.000 solcher Anlagen gebaut und damit zwei Atomkraftwerke ersetzen werden.

In den 36 Mietshäusern des Hamburger Immobilienunternehmens »Kommunale Wohnen AG« wurden 13 ZuhauseKraftwerke installiert. Damit ging in Niedersachsen zum ersten Mal ein komplettes Wohnviertel ans Netz. Bei den Anlagen handelt es sich um die mit Erdgas betriebenen Blockheizkraftwerke EcoBlue von Volkswagen, die exklusiv für LichtBlick im VW-Werk Salzgitter produziert werden. Basis für die Mini-Kraftwerke bilden die Zwei-Liter-Gasmotoren der VW-Modelle Caddy und Touran.

Die 13 Anlagen in Celle erzeugen mit einer elektrischen Gesamtleistung von 0,24 Megawatt flexibel verfügbaren »SchwarmStrom«, der gezielt zum Ausgleich schwankender Wind- und Sonnenenergie ins Stromnetz eingespeist wird. Volkswagen und LichtBlick planen, künftig mit 100.000 ZuhauseKraftwerken nicht nur deutschlandweit Gebäude zu beheizen, sondern mit einer elektrischen Leistung von 2.000 Megawatt auch die Kapazität von zwei Atomkraftwerken zu ersetzen. In Hamburg, Berlin und nun auch in Niedersachsen hat LichtBlick bisher 250 Anlagen installiert, wöchentlich kommen bis zu zehn hinzu.

Im Verlauf der letzten Monate wurden 36 Gebäude der Kommunale Wohnen AG (KWG), die den »Veilchengrund« 2008 von der Celler »Wohnungsfürsorgegesellschaft« (WBG) gekauft hatte, in Celle durch entsprechende Wärmedämmmaßnahmen zu Niedrigenergiehäusern umgestaltet und im gleichen Atemzug über Nahwärmenetze verbunden. Die Sanierung fand nach den Vorgaben der Energieeinsparverordnung 2009 statt und ermöglichen Energieeinsparungen von bis zu 75 Prozent. Seit Beendigung der Baumaßnahmen im Mai 2011 weisen die mehr als 50 Jahre alten Gebäude den gleichen energetischen Standard auf wie ein Neubau.

LichtBlick bietet die ZuhauseKraftwerke als Heizungslösung für sehr große Einfamilienhäuser, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, kleine Gewerbebetriebe sowie öffentliche und soziale Einrichtungen wie zum Beispiel Schulen oder Kirchen an. Voraussetzung ist ein Wärmebedarf von mindestens 40.000 Kilowattstunden im Jahr

sowie ein vorhandener Gasanschluss. Die Anlage bleibt im Eigentum von LichtBlick. Der Energieversorger mietet den Heizungsraum des Kunden, der einen Einbringungszuschuss ab 5.000 Euro zahlt. Regionale Handwerksunternehmen übernehmen im Auftrag von LichtBlick den Ausbau der alten Gasheizung, den Einbau des BHKW sowie Wartung und Reparaturen der Anlage.

Bei den ZuhauseKraftwerken werden unter günstigen Bedingungen mehr als 90 Prozent des eingesetzten Brennstoffs sinnvoll verbraucht. Zum Vergleich: Bei einem konventionellen Kohle- oder Atomkraftwerk sind es lediglich 30-45 Prozent – der Rest verpufft als Abwärme. Gegenüber der herkömmlichen, getrennten Strom- und Wärmeerzeugung senkt zudem ein solches BHKW den CO₂-Ausstoß um bis zu 60 Prozent. Die produzierte Wärme können die Bewohner zum Heizen oder Duschen nutzen. Der erzeugte Strom wird ins öffentliche Stromnetz eingespeist.



Für die erforderliche Energiewende sind kleine BHKW einer der wichtigsten Bausteine, weil sie den bei der Wärmeerzeugung anfallenden, überschüssigen Strom ins Netz speisen. Die LichtBlick-Strategie dreht dieses Prinzip allerdings im Kern um, weil die verkoppelten Kleinkraftwerke nicht nur bei Wärmebedarf gefahren werden sollen, sondern gerade bei Windflaute und schwacher Sonnenintensität als Ausgleich zugeschaltet werden sollen. Dann wird ggfs. im Hochsommer Wärme produziert, die niemand benötigt – damit wäre der Effizienzfaktor in Teilen futsch. Dazu gibt es eine interessante Debatte unter:

www.bhkw-prinz.de/lichtblick-vw-zuhausekraftwerk-schwarmstrom/407

Der NDR brachte im März und im September zwei kurze Beiträge zum Thema: »Kraftwerk für Zuhause«, 25.03.2011 (www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/hallo_nds5595.html) und »ZuhauseKraftwerk in Betrieb«, 29.09. (www.ndr.de/regional/niedersachsen/harz/zuhausekraftwerk101.html)

Kein Plan B für Rekommunalisierung

Komplett gescheitert ist die Stadt Celle mit ihrem Ansinnen, mehr Einfluss auf die lokale Energiepolitik zu bekommen. Am Ende des Konzessionsverfahrens bleibt die Stromversorgung Osthannover (SVO) der Grundversorger für Strom und Gas. Und vielleicht noch ärgerlicher: Die Stadt tauscht ihre e.on-Aktien gegen SVO-Anteile, ohne bei dem Unternehmen auch nur einen Funken Einfluss zu gewinnen. Zwar sind die Stadt Celle und die Landkreisgemeinden jetzt Anteilseigner, der e.on-Konzern behält aber die Mehrheit von 50,1 %.

Politik und Verwaltungsspitze wollten vor zwei Jahren einen Neuanfang, nachdem der ehemalige Oberstadtdirektor Martin Biermann die Stadtwerke 1999 an den e.on-Konzern verschertelt hatte. Die Neuvergabe der Konzession für Strom und Gas sollte die »Rekommunalisierung in Eigenständigkeit« oder »Rekommunalisierung mit einem kommunal orientierten Partner« bringen. Was jetzt herausgekommen ist, nämlich die »markante SVO-Beteiligung« war eine Handlungsoption unter ferner liefen. Dass es jetzt genau so gekommen ist, muss auch den handelnden Akteuren zugerechnet werden: Sie hatten schlicht und einfach keinen »Plan B«.

Wahrscheinlich ging man davon aus, ein hinreichend attraktives Versorgungsgebiet zu sein, um tatsächlich Konkurrenz zur SVO auf den Platz zu bekommen. Doch dem war nicht so. In der ersten Runde gingen nur Angebote ein von: Alliander AG (ein niederländisches Unternehmen im Besitz der Kommunen), SVO Energie GmbH, BS Energy (Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG) und der Stadtwerke Celle

GmbH – später noch Stadtwerke Uelzen GmbH. Die Alliander AG war schnell draußen. Und auch die Stadtwerke Celle, die zur Zeit als Geschäftsfelder ja auch nur Wasser, Bäder und Parkbetriebe haben. Dass die Stadt Celle mit ihrer Eigengesellschaft, in deren Aufsichtsrat immerhin mit Joachim Schulze (SPD) als Aufsichtsratsvorsitzender, OB Mende (SPD), Gevers (CDU) und Falkenhagen (FDP) politische »Schwerwichte« sitzen, kein ernstzunehmendes Angebot abgegeben hat, sollte der Öffentlichkeit wenigstens mal erklärt werden. – Am Ende der Verhandlungsrunden stand jedenfalls einzig noch die SVO da.

Dass damit die SVO die Konzession bekommen muss, ist klar. Dies ist aber jedoch kein Grund, mit gut 30 Millionen Euro auch noch Anteilseigner der SVO zu werden. Dieser »Deal« (CZ) hat den einzigen Vorteil, dass die Stadt damit einen Großteil ihrer börsennotierten e.on-Aktien los ist. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, wie viele Millionen die Stadt so seit dem Börsencrash 2008 verloren hat. (Man hatte Geld für eine »China-Beauftragte«, aber offensichtlich niemanden, die/der sich ernsthaft um das Aktienvermögen der Stadt kümmerte.) Der Nachteil dürfte sein, dass man die Aktien jetzt »getauscht« hat, als die e.on-Börsennotierung in einem historischen Keller war.

Eins hat man dabei völlig auch den Augen verloren. Ein Zweck der angestrebten Rekommunalisierung sollte sein, *„die ökologische Entwicklung der Kommune bezüglich aller energieverbrauchenden Zielgruppen aktiv zu unterstützen und lokale/regionale Primär- und Sekundärenergiequellen in ein kommunales Versorgungskonzept zu integrieren“*. Davon ist jetzt nichts geblieben. Dies ist der Fantasielosigkeit der Akteure zuzuschreiben – und dies gilt auch für die Fraktionen der Bündnisgrünen und Die Linke/BSG, die am Ende nur dagegen stimmen konnten, aber keine Alternative zu bieten hatten. Was hätte diese Alternative sein können? Der Ausbau der Stadtwerke Celle GmbH zu einer Energie- und Klimaschutzagentur unter Einbringung des e.on-Aktienvermögens.

Dieser Weg ist anscheinend nicht einmal ernsthaft geprüft worden. Was auch damit zu tun hat, dass das ganze Verfahren letztlich hinter verschlossenen Türen ablief. Immer, wenn es ans Eingemachte geht, ist die hehre Rede von der Bürgerbeteiligung nicht mehr als eine Phrase. Selbstverständlich erlaubt die bestehende Eigentumsordnung keine öffentliche Diskussion über den konkreten Vergabevollzug. Aber: Sie hindert nicht daran, mit Bürgerinnen und Bürgern über die Ziele zu reden und sie einzubinden in einen Entscheidungsprozess, der vielleicht zur Realisierung eines »Plan B« hätte führen können. Diese Chance ist jetzt wieder auf längere Sicht verbaut.



Fast alles bleibt beim Alten

Fast hätten wir uns ja mal geirrt, als wir im letzten Heft für das Kreistagswahlergebnis titelten: „Klare Mehrheit für die Reaktion“. Denn – für uns überraschend – setzte sich die Wählergemeinschaft mit SPD und Bündnisgrünen zusammen, um die Möglichkeiten für eine Gruppenbildung und eine Politikwende zu erörtern. Am Ende schwenkten die Mitglieder der WG-Kreistagsfraktion dann wieder auf die Linie von CDU und FDP, womit sich unsere Prognose doch noch bewahrheitete. Interessant liest sich jedoch das Verhandlungsergebnis von SPD, Bündnisgrünen und WG. Denn darin spiegelt sich ein zaghafter Wille zum Anderen, den die WG dann torpedierte.

Zu Schule und Bildung etwa heißt es: „Wir wollen mehr gemeinsame Beschulung. Deswegen wollen wir die vom Kreistag beschlossene Schulreform um die Ansiedlung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) ergänzen. Dabei werden wir alle sinnvollen Standorte prüfen, den Elternwillen abfragen und in intensive Gespräche mit Städten und Gemeinden, Eltern, Schulen, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern eintreten. Wir wollen einen besonderen Fokus auf die berufliche Bildung legen. Die beschlossene Schulreform klammert die berufsbildenden Schulen bisher aus – deswegen wollen wir die BBSen und insbesondere die beruflichen Gymnasien gemeinsam mit den Betroffenen so weiterentwickeln, dass ein gutes Angebot an qualitativ hochwertiger Ausbildung gewährleistet wird. Wir wollen die Übergänge zwischen den verschiedenen Schulformen (Hauptschule, Realschule, Oberschule, Gymnasium) erleichtern.“

Auch die Absichtserklärung zur Entwicklung in der Landwirtschaft weist in eine neue Richtung: „Wir beobachten die aktuelle Entwicklung der Landwirtschaft mit Sorge, da unser Ziel eine nachhaltige und am Prinzip der Flächenbindung orientierte Landwirtschaft ist. Wir wollen alle dem Landkreis zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Häufungen von Tierhaltungs- und Biogasanlagen zu vermeiden. Deswegen werden wir uns auf allen uns zur Verfügung stehenden Ebenen dafür einsetzen, dass die Rechtsgrundlagen so geändert werden, dass den Kommunen echte Entscheidungsrechte zugestanden werden.“

Weiter gibt es Bekenntnisse zu mehr Transparenz in Kreisverwaltung und –politik sowie eine vergleichsweise klare Aussage gegen Privatisierung – und selbst der Kampf gegen Rechtsextremismus fand Aufnahme in das Papier. Das ist unterm Strich viel Prosa, denn eigentlich wird nichts konkretisiert. Aber – gefühlt – hätten Landrat Wiswe und seine rechte Hand, Kreisrat Krüger, endlich mal im Wind gestanden. Naja – wie Fußballer jetzt immer vertene Chancen kommentieren: „Hätte, hätte – Fahrradkette.“



Folk & Funk

Schwieriger als erwartet gestaltete sich die Fraktionsbildung von Behiye Uca (Die Linke) und Oliver Müller (BSG). Bei der Linken gab es – wie wir hörten – ziemliche Missstimmung, weil man den BSG-Mitgliedern auf ihrer offenen Kreistagsliste mangelndes Wahlkampfengagement vorhielt. Immerhin hatte die Partei letztlich ein offenes Ohr für die Aufforderung aus Kreisen der unabhängigen Linken (wie auch unserer kleinen Redaktion), die sich für die Bildung einer Stadtratsfraktion stark machten. Am Ende war die Suche nach Gemeinsamkeiten einfach. Die Fraktionsbildung erfolgt auf Basis der Übereinstimmungen in den jeweiligen Wahlprogrammen. Bei Differenzen oder neuen Themen soll nach dem zapatistischen Motto „Fragend gehen wir voran“ agiert werden, was eine Offenheit gegenüber den Anregungen und Diskussionen von Initiativen wie attac signalisiert. Im ersten Jahr übernimmt Oliver Müller den Vorsitz der Fraktion Die Linke/BSG und Behiye Uca geht in den Verwaltungsausschuss. Die gemeinsamen Fraktionsmittel sollen eingebracht werden in die Finanzierung eines Ladens in der Altstadt, der neben der Partei Die Linke auch offen sein soll für Gruppen und Initiativen aus der Stadt. Eine aus unserer Sicht sehr positiv zu bewertende Absicht.

Weitere Linke im Parlament

Zu unserer »Wahlberichterstattung« in der letzten Ausgabe wäre noch nachzutragen: Volker Petran hat für Die Linke einen Sitz im Samtgemeinderat Lachendorf bekommen, Rasim Ekinci kam in den Gemeinderat Winsen und den Ortsrat Südwinsen sowie Helga Rohmer in den Ortsrat Neustadt/Heese.

„Es ging alles ganz schnell“

Während Nehad K. in der Ausländerbehörde des Landkreises Celle um Verlängerung seines Ausweises bat, rief die Mitarbeiterin (Frau B.) die Polizei, die Nehad direkt in die (offensichtlich vorbereitete) Abschiebehaft nach Hannover-Langenhagen brachte. Das war am Donnerstag, 6.10.2011 – am 12.10.2011 saß Nehad bereits im Flugzeug nach Belgrad.

Seine Frau und Kinder sind ratlos, wie es weitergehen soll. Die vier schulpflichtigen Kinder tragen Nehads Familiennamen. Ihre Eltern konnten wegen fehlender Papiere – wie viele Flüchtlinge aus dem Kosovo – nicht standesamtlich in Deutschland heiraten. Sie übten gemeinsam das Sorgerecht aus. Nehad K. ist ein liebevoller Vater, der auch noch für seine Kinder da war, als sich das Paar getrennt hatte und die Mutter sich einem deutschen Mann zuwandte und diesen heiratete. Wie das Leben so spielt: die Episode ist Vergangenheit.



Roma-Demonstration im Münster 2009

In den letzten Jahren lebte Nehad K. mit seinen Kindern und deren Mutter in Celle zusammen und verdiente als Pizza-Kurier Geld, wovon er seine Frau und die vier Kinder unterstützte.

Nehad K. ist ein sich für andere Menschen engagierender Mann, der auch ehrenamtlich Dolmetscherdienste verrichtete. Er hatte eine neue Arbeitsstelle gefunden (in dem neuen Wohnort seiner Frau und der Kinder) und am 6. Oktober in der Celler Ausländerbehörde um die Erlaubnis gebeten, dorthin ziehen zu dürfen, wo diese Arbeitsstelle die Lebensgrundlage für die junge Familie sein sollte. Die Kinder und ihre Mutter haben eine Aufenthaltserlaubnis.

Warum die Ausländerbehörde des Landkreises Celle Nehad K. kein Bleiberecht einräumte, ist unbekannt.

Vielleicht hat Nehad K. nicht ausreichend mit der Ausländerbehörde kooperiert – in den letzten Monaten konnte er keinen festen Wohnsitz nachweisen. Das soll der Grund dafür gewesen sein, dass die Sachbearbeiterin der Ausländerbehörde die Abschiebehaft durchsetzte – Straffälligkeit war jedenfalls nicht die Ursache für diese „Skandal-Abschiebung“ (so die Sachbearbeiterin, Frau B.) Sie hat vier Kindern den Vater genommen.

Vor knapp 20 Jahren war Nehad K. als 17-Jähriger Flüchtling nach Deutschland gekommen – das heißt also, dass er länger in Deutschland gelebt hat als in seinem Herkunftsland (Kosovo). Abgeschoben wurde er nach Serbien, woher sein Ausweis stammt, den er vor gut sieben Jahren vom serbischen Konsulat in Hamburg erhielt.

Der kurzfristig eingeschaltete Rechtsanwalt erhielt die angeforderte Ausländerakte nicht rechtzeitig vor der Abschiebung, daher konnte er nicht die notwendigen Anträge stellen. Es ging einfach alles viel zu schnell!

Als Roma in Serbien wird Nehad K. kaum einen Zugang haben zu den (staatlichen) Sozialsystemen. Ob es ihm gelingen wird, irgendeine Arbeit / Unterkunft in der Fremde zu finden, bleibt abzuwarten – ist aber sehr ungewiss. Nehads Familie wünscht sich sehnlichst, dass er so schnell wie möglich nach Deutschland zurück kommen darf.

Allerdings müssten dann vorher die Kosten für die Abschiebung bezahlt werden. Dafür sind Spenden willkommen und werden erbeten mit dem Stichwort „Senaza“ (Name der ältesten Tochter) auf das Konto bei der Sparkasse Celle: 91133553 (BLZ 25750001).

Helga Habekost - im Namen des Unterstützer-Kreises

Appellieren Sie mit PRO ASYL an die Innenminister

Zwei Bleiberechtsregelungen, ein Verlängerungsbeschluss, eine Bleiberechtsregelung für Jugendliche – und immer noch leben 75.000 Menschen seit mehr als sechs Jahren ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland. Sie alle bleiben von den bisherigen Regelungen ausgeschlossen – aus absurden und inhumanen Gründen: Für das geltende Bleiberecht sind sie zu alt, zu jung, zu arm, zu krank. Am 8. und 9. Dezember 2011 tagen die Innenminister der Bundesländer. Das Thema Bleiberecht muss dort auf die Tagesordnung! Wir fordern die Innenminister auf, eine Regelung zu schaffen, die den vielen Menschen ohne sicheren Aufenthalt endlich eine Lebensperspektive bietet.

Nehmen Sie teil an der Online-Aktion „Für eine neue Bleiberechtsregelung!“ (<http://www.proasyl.de/>)

Neues aus Wietze und rund um Tierfabriken in Niedersachsen

7,79 Euro? „Lobenswert“ (Bode)

Nachdem die Bündnisgrünen Mitte Oktober im Landtag die Löhne beim Geflügelschlachthof Wietze „anprangerten“, fand auch Rolf Meyer, Landtagsabgeordneter der SPD, was dort vor sich gehe, sei „glatte Ausbeutung“ eines Teils der Beschäftigten. Landrat Wiswe (CDU) dagegen sah keinen Anlass zur Kritik und Wirtschaftsminister Bode (FDP) meint: „lobenswert“. Worum geht's? Die Zeitarbeitsfirma Randstad hat für den Schlachthof von Rothkötter zweimal Stellen ausgeschrieben: einmal zu 7,79 €/Std und eine weiteres Mal zu 8,22 €/Std. Die Stellen sind auf sechs Monate befristet und beinhalten Schichtarbeit. Insgesamt sind auf dieser Grundlage wohl 30-40 Personen beschäftigt. Der reguläre Stundenlohn beträgt nach einer sechsmonatigen Probezeit, wo 9,50 € gezahlt werden, 10,56 €. Insgesamt hat Rothkötter in Wietze rund 340 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte.



Wirtschaftsminister Jörg Bode findet den Einsatz von Zeitarbeitern „lobenswert“, weil: „Hier wird Menschen mit teilweise geringer Qualifizierung auch über das Instrument Zeitarbeit die Möglichkeit für den Wiedereinstieg ins Berufsleben gegeben.“ Und Landrat Wiswe verweist darauf, dass die Subventionen in Höhe von rund 6,5 Millionen Euro an die Beschäftigung von 250 Leuten zu den regulären Bedingungen geknüpft wären – da sei das Soll sogar übererfüllt.

Wir teilen selbstverständlich die Auffassung von Rolf Meyer, dass es sich um „Ausbeutung“ handelt – und das auch noch bei 10,56 Euro. Erinnern müssen wir aber daran, dass es die Schröder/Fischer-Regierung war, die

mit Bundesgesetzen für den flächendeckenden Durchbruch von Zeit- und Leiharbeit in Deutschland sorgte – übrigens genau mit der Argumentation, die jetzt Wirtschaftsminister Bode vorbringt.

Bodes Gehalt liegt bei 12.500 Euro im Monat, bei Wiswe sind es »nur« 7.885 Euro und Meyer erhält für sein Landtagsmandat 6.000 Euro (plus eine steuerfreie »Kostenpauschale« in Höhe von 1.048 Euro).

Privilegien für Tierfabriken ...

... streichen - Kommunale Mitbestimmung und bäuerliche Landwirtschaft stärken“ lautet ein Antrag der Grünen im Niedersächsischen Landtag. Eingbracht am 7. September fordert die Fraktion die Landesregierung auf, „sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Bauprivilegs für Tierfabriken einzusetzen.“ Dazu muss ihrer Auffassung nach der § 35 BauGB wie folgt geändert werden: „a. Die Privilegierung für gewerbliche und landwirtschaftliche Großanlagen, die die Grenzen des Bundesimmissionsschutzgesetzes erreichen wird generell gestrichen. Das ist bei 30.000 Hühnern, 1500 Schweinen und 600 Kühen der Fall. b. Nur noch eine bäuerlich-bodengebundene Tierhaltung ist baurechtlich privilegiert. Landwirtschaftliche Betriebe müssen ihr Futter wieder in einem räumlich funktionalen Zusammenhang zum landwirtschaftlichen Betrieb überwiegend selbst erzeugen und verfüttern. c. Die Landkreise sollen Ausschluss-, Schutz- und Vorranggebiete für gewerbliche Tierhaltungsanlagen ausweisen können.“

BI Flotwedel: Appell an Handel

Die Bürgerinitiative Flotwedel hat sich im Oktober mit einem Offenen Brief an den deutschen Lebensmitteleinzelhandel gewandt. „Nachdem die katastrophalen Zustände der Geflügelproduktion der Firma Wiesenhof durch Medienberichte öffentlich wurden, haben Handelsunternehmen wie Migros, Coop und Denner in der Schweiz sofort reagiert und Produkte dieses Geflügelkonzerns aus dem Sortiment entfernt. Ein solch umsichtiges Verhalten wünschen wir uns auch von Ihnen. Nicht nur Wiesenhof, sondern alle industriell produzierenden Geflügelmäster arbeiten mit "Wiesenhof-Methoden". [...] Wir bitten Sie daher, dem vorbildlichen Verhalten der oben genannten Schweizer Handelsunternehmen zu folgen. Zumindest könnte ein Verzicht auf Billigangebote mit diesen Produkten und stärkere Kontrollen Ihrer Lieferanten und Vorlieferanten (Mastbetriebe und Schlachthöfe) durch Ihr Unternehmen ein erster Schritt sein, das Vertrauen der Verbraucher zurück zu gewinnen. Durch eine entsprechende Zertifizierung könnten Sie sicherstellen, dass der Tierschutz in der gesamten Lieferkette eingehalten wird! [...]“

Der ganze Brief unter:
<http://www.bi-flotwedel.de/berichte.html>

Besetze deine Bank!

Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Klein Jonas: Was bedeutet eigentlich »okkupei«?

Die Dicke: Also - »occupy« ist englisch und heißt »besetzen«. Und »Occupy Wall Street« ist der Slogan einer Protestaktion, bei der Demonstranten im September einen Park in New York besetzt und in »Liberty Plaza« benannt hatten. Sie wenden sich dagegen, dass 99 % der Bevölkerung jetzt die Kosten der Finanz- und Bankenkrise tragen sollen. Und dass das eine Prozent, das vorher gute Profite gemacht hat, »verschont« wird. Durch eine Besetzung der Wall Street, dem Zentrum des US-Finanzkapitals, wollen sie eine Änderung der Politik erzwingen.

Klein Jonas: Und was ist das für eine Maske, die die tragen?

Die Dicke: Die »Guy-Fawkes-Maske«? Da muss ich ein bisschen ausholen: Guy Fawkes war ein katholischer Offizier, der 1605 den König und das britische Parlament in die Luft jagen wollte. Seine Motive waren ziemlich reaktionär, aber es hätte nicht die Falschen getroffen - nur: Es hat nicht geklappt. Diese merkwürdigen Briten feiern seitdem jedes Jahr am 5. November die Rettung ihres Königs und verbrennen Guy-Fawkes-Puppen.

Oma Lilo: Und wieso taucht dann eigentlich diese Maske in der »occupy-Bewegung« auf?

Die Dicke: Da gibt es ein paar verschlungene Wege. Populär wurde die Maske durch den Film »V- wie Vendetta« aus dem Jahr 2006. Da führt ein anarchistischer Einzelkämpfer einen »Krieg« gegen ein totalitäres Regime. Und dieser Held trägt eine Guy-Fawkes-Maske. Es gelingt ihm übrigens, die Bevölkerung aufzuwiegeln und das Regime zu stürzen. Produziert wurde der Film von den Wachowski-Brüdern, die auch »Matrix« gemacht haben. – Dann gab's in den USA 2008 eine Hacker-Kampagne gegen Scientology, wobei Guy Fawkes als Symbolfigur genutzt wurde. Massenhaft genutzt wurden die Masken dann wohl erstmals in Spanien gegen Internet-Zensurpläne, aber auch im Rahmen der sozialen Proteste dort.

Der lange Lulatsch: Ist nicht die »99 %«-Symbolik viel wichtiger?

Oma Lilo: Was meinst du damit?

Der lange Lulatsch: Na zum Beispiel dieser Slogan »Money talks, but not loud enough for the 99 %«.

Der Besserwisser: Wir sind das Volk, oder was?

Der lange Lulatsch: In gewisser Weise schon. Dahinter steckt doch das Gefühl, dass die absolute Mehrheit verarscht wird.

Die Dicke: Ist ja auch so. Die herrschende Klasse nutzt die Krise zu einem massiven Angriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten. Die »Rettungsschirme« schützen nur die Reichen.

Der Besserwisser: Nur welche Konsequenz zieht die occupy-Bewegung daraus? Will sie den Kapitalismus abschaffen? Vielleicht ging nicht zu unrecht ein Foto breit durch die Presse mit einem Transparent: »Euer



DAS IST UNSERE STADT
WIR WERDEN SIE BESETZEN
DAS SIND UNSERE STRASSEN
WIR WERDEN SIE BESETZEN
WIR SIND HIER. WIR WACHSEN.

WIR SIND DIE
99%

OCCUPY TOGETHER
occupytogether.org occupywallst.org occupydeutschland.de

Kapitalismus zerstört unsere Marktwirtschaft«. Das ist doch Begriffsverwirrung »at it's best«.

Oma Lilo: Die Leute haben nun mal nicht Marx gelesen und Luxemburg.

Der Besserwisser: Trotzdem müssen sie sich nicht zu Trotteln machen. Mit ihrer Empörung und Enttäuschung halten sie unerschütterlich an der Illusion fest, das System von Demokratie und Marktwirtschaft halte letztlich doch irgendwie eine Lebensperspektive für Leute wie »dich und mich« bereit. Damit verschaffen sie sich allenfalls das schöne Gefühl, als gute Menschen moralisch Recht zu behalten gegenüber den schlechten Repräsentanten des verkommenen Systems.

Der lange Lulatsch: Das Spannende ist doch, dass sich in den Industrieländern Menschen bewegen, die bisher ausschließlich auf ihr Wahlkreuz vertraut haben. Vielleicht ist damit Schluss, was nicht das Verkehrteste wäre. Und vielleicht ist dieses Aufflackern von neuartigen Protesten ein kleines Zeichen, dass die Herrschaft des Kapitals ins Wanken gerät.

Der Besserwisser: Dazu aber braucht es mehr, als nur zu beklagen, dass gerade die eigenen Lebenschancen durchkreuzt werden – und deshalb Zeiten zurückzusehen, die vielleicht für die Leute im Norden nicht ganz so beschissen waren. Und dafür fordern sie dann »Echte Demokratie – jetzt!«

Der lange Lulatsch: Selbstverständlich muss die »demokratische Illusion« verschwinden. Die Akzeptanz demokratischer Mechanismen als letztgültiger Rahmen jeder Veränderung verhindert die radikale Umwandlung der kapitalistischen Verhältnisse.

Oma Lilo: Ich finde es gibt ein paar Elemente, die hoffnungsvoll stimmen. Z.B. diese Methode »human mic«, wo die vorn Stehenden jeden Satz der Rednerinnen oder Redner im Chor wiederholen, so dass die weiter hinten Stehenden ihn verstehen können. Da können sich die Chefs nicht mehr auf die Macht der Verstärkeranlage verlassen.

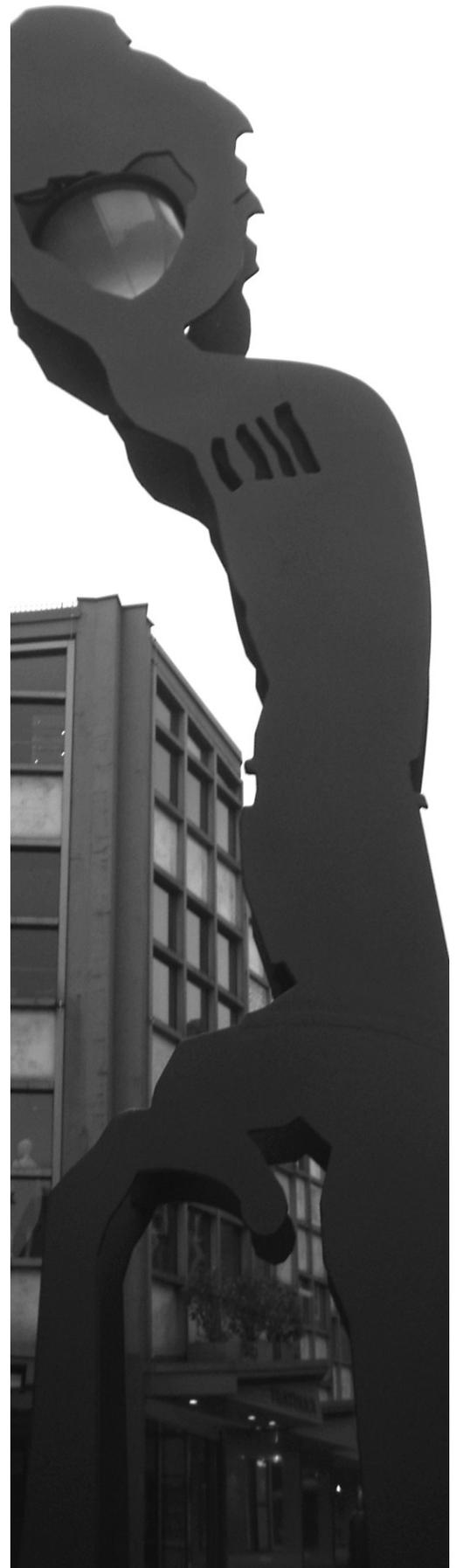
Der Besserwisser: Es war vielleicht ganz witzig, um das Verbot von Megaphonen »gewaltfrei« zu umgehen. Aber: erinnert euch an »Das Leben des Brian«. Brian ruft einer Menge zu: »Ihr seid alle Individualisten«. Und die antworten im Chor: »Wir sind alle Individualisten.«

Die Dicke: Ich denke, wir kommen wieder in »interessante Zeiten«, wo auch die heiligen Kühe von Marktwirtschaft und Demokratie in Frage gestellt werden. Die »occupy«-Bewegung ist dabei wahrscheinlich nur ein Rascheln im Baum, das den Sturm ankündigt.

Der lange Lulatsch: Genau. Anders Bild: Brandherde überall. In den arabischsprachigen Ländern, wir sollten Tottenham nicht vergessen, Generalstreiks in Griechenland, Massenproteste in Italien und Spanien, die Naxaliten in Indien – und die »Achse der Hoffnung« in Lateinamerika. Das kann sich verdichten zu einer neuen kommunistischen Bewegung. Ein Gespenst geht um, nicht nur in Europa ...

Oma Lilo: Und das alles kommt zusammen mit der ökologischen Bedrohung – jedes Nicht-Handeln ist katastrophal.

Der Besserwisser: Dazu nur Marx, aus Band III, zu dem ihr ja nie gekommen seid: „Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [als gute Haushaltsvorstände] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“





Bücherschrank

An der Trift, Fußgängerüberweg Bahnhofstraße, gibt es seit Oktober einen »Offenen Bücherschrank«. Er ist bestückt mit unterschiedlicher Literatur. Aus dem wetterfesten Schrank kann sich jede_r Bücher aussuchen und mit nach Hause nehmen, nach dem Lesen zurück stellen oder behalten - und auch selbst Bücher in den Schrank stellen. Das Projekt vom »Atelier 22« ist gefördert durch das Bundesprogramm »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«.



Brecht Euch Beine!

Frage: Warum wächst das Defizit der AKH-Gruppe in diesem Jahr auf rund 7 Millionen Euro? Antwort: Das Sommerloch in der Unfallchirurgie ist größer ausgefallen als erwartet. So einer der für das AKH tätigen Unternehmensberater von »Roland Berger« gegenüber der CZ (25.10.). Vielleicht kann eine soziale Bewegung helfen, Motto: »Rettet das AKH! Brecht Euch die Beine!«

Total wild

Der Deutsche Werberat hat die Celler Waldwirtschaft "Alter Kanal" (Inhaber: Andreas Huisgen) öffentlich gerügt. Die Gaststätte preist ihre Wildspeisen mit einer fast nackten Frau unter der Überschrift "Total wild" an. Die Selbstkontrolle der Werbebranche ist

mit Beschwerdeführern aus Celle der Auffassung, dass der gezielt nahegelegte Zusammenhang von Wildgerichten und vorgeblich sexuell 'wilden' Frauen obszön und demütigend sei. Die Darstellung verstoße damit gegen die Grundsätze der Werbewirtschaft zur Herabwürdigung und Diskriminierung von Personen. - Die Geschäftsführerin des Lokals, Sükran Gevice, hatte nicht auf die Hinweise des Werberats über die Beschwerden reagiert.

Der Werberat ist eine solidarische von den 41 Mitgliedsverbänden des ZAW Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft getragene Institution mit Sitz in Berlin. Sie entscheidet über Beschwerden aus der Bevölkerung in Sachen kommerzieller Werbung und stellt generelle Verhaltensgrundsätze und spezielle Werberegeln für einzelne Branchen und Sachverhalte auf.

Vier Frauen

„Männer, ihr könnt wieder vier Frauen heiraten! Denn so steht es im Koran, dem Buch Gottes.“ Das verkündete Mustafa Abdul Dschalil, Mitglied des libyschen nationalen Übergangsrates am Sonntag nach Gaddafis Tod in Bengasi. Tja – da hat sich doch mal eine »Revolution« gelohnt, denn unter dem »irren Diktator« war es den libyschen Männern nicht erlaubt, mehr als eine Frau zu ehelichen.

Lärmschutz: Heeresflieger verschwinden

Wietzenbruch – aber eigentlich ganz Celle – kann aufatmen. Die Heeresflieger verschwinden. Ausgeglichen wird die „signifikante Reduzierung“ durch das »Unteroffiziersanwärter- und Feldwebelanwärterbataillon 2«. Der Lärm wird nicht gänzlich verschwinden, denn: Der Flughafen dient künftig als »Ausbildungs- und Übungszentrum Luftgestützter Einsatz« sowie als »Bundeswehrfeuerwehr Flugplatz«. Von den bisher 1.080 Dienstposten verschwinden unter dem Strich 680. Aber eigentlich bedarf es keiner Kaffeesatzleserei, um zu sehen, dass im nächsten Schritt der Standort ganz dichtgemacht wird.

In Faßberg werden leider nur 190 der 1980 Dienstposten abgebaut und der Truppenübungsplatz Lohheide bleibt selbstverständlich bestehen.



Stolperstein für »Euthanasie«-Opfer

Zum Gedenken an die Hermannsburgerin Irmgard Ruschenbusch, die im Rahmen des Euthanasie-Programmes als Teil der nationalsozialistischen »Rassenhygiene« 1941 in Hadamar ermordet worden ist. Irmgard Ruschenbusch wurde 1896 in Hermannsburg geboren; ihre Mutter war die Tochter des Missionsdirektors Theodor Harms.

Kurden und Die Linke

Anlässlich des Programmparteitags der Linken zeigte sich die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« (FAS) mal wieder von ihrer übelsten Seite. Die Nähe von Organisationen kurdischer Migrant_innen_en und der Partei Die Linke wurde als rein taktische Beziehung dargestellt: Die Kurd_inn_en bekommen Öffentlichkeit und die Partei sammelt die Wähler_innen-Stimmen ein. Einige Parteifunktionäre wurde dabei der PKK-Unterstützung bezichtigt – und die steht auf der Terrorliste der EU. Neben den üblichen Verdächtigen nahm sich die FAS auch Yilmaz Kaba aus Celle vor, Landesvorstandsmitglied der Linken in Niedersachsen. Wie es sich für »Journalismus dieser Art« gehört, selbstverständlich ohne ihn zu den »Vorwürfen« zu befragen. Das tat erfreulicherweise Klaus Frieling von der CZ. Und siehe da: Von den denunziatorischen Spekulationen blieb inhaltlich nichts übrig – aber der »FAS«-Artikel hatte seinen Zweck längst erreicht.

Castor stoppen - Auf ins Wendland!

Am letzten November Wochenende soll wieder mal ein Castor-Transport nach Gorleben (durch)gebracht werden. Am Samstag, den 26. November, beginnt um 12.30 Uhr in Dannenberg die Protestkundgebung. Von Celle aus hat das Forum gegen Atomenergie wieder einen Bus gechartert. Dieser fährt um 10.00 Uhr vom Schützenplatz los und macht einen Zwischenstopp in Eschede. Kostenpunkt: 11 Euro (erm. 7 Euro). Anmeldungen unter forum-gegen-atomenergie@gmx.de (gebt bitte euren Namen und eine Telefonnummer an) oder telefonisch unter 05141-31566.

Für das ganze Drumherum im Wendland gibt es eine hervorragende website – und zwar: www.gorleben-castor.de - Dort erfahrt ihr alles über Info-Punkte, Camps und die großen Aktionen z.B. von X-tausendmal-Quer oder Widersetzen.

Alle, die im Frühjahr für den sofortigen Ausstieg demonstriert haben, sollten sich jetzt auch gegen das Endlager Gorleben engagieren. Wir rechnen mit euch!



Aufruf für Aktionen und Demonstration

Acht Atomkraftwerke musste die Regierung abschalten, die Laufzeitverlängerung zurücknehmen - nach der entsetzlichen Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Anti-Atom-Bewegung große Erfolge errungen. Es waren erste Etappensiege - jetzt geht es weiter!

Wenn im Herbst der Castor-Transport ins Wendland rollt, wird damit der Atommüllstandort Gorleben weiter zementiert. Während die Regierung über ein Endlagergesetz entscheidet, fordern wir mit einer Großdemonstration das endgültige Aus für den Schwarzbau Gorleben. Demonstrieren Sie mit!

Atommüll ohne Ende: Weltweit gibt es kein Endlager, das hochradioaktive Abfälle für eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abschließt. Wie schnell die Endlagerpläne platzen, zeigen havarierte Atommülllager. Die Asse säuft ab, Morsleben stürzt ein.

Mit Gorleben kommen sie nicht durch! Der Endlagerstandort Gorleben wurde in den 1970er Jahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit willkürlich ausgewählt - aus rein politischen Gründen. Im letzten November wurde die "untertägige Erkundung" nach zehn Jahren Baustopp von Bundesumweltminister Röttgen wieder aufgenommen. Täglich werden dort Fakten geschaffen - trotz Wasser von oben und Gas von unten.

In diesem Herbst will die Regierung ein Endlagersuchgesetz beschließen. Es droht zu einem "Gorleben-Durchsetzungsgesetz" zu werden - mit Kriterien, die Gorleben weiter als Endlagerstandort ermöglichen sollen. Wir fordern das endgültige Aus für das Endlagerprojekt im maroden Salzstock Gorleben!

Atomtransporte kreuz & quer Wenn im November der nächste Castor aus La Hague nach Gorleben rollt, wird nur vorgetäuscht, in der Atommüllentsorgung bewege sich was. Denn der Müll wird nur von A nach B gekarrt und in luftigen Hallen abgestellt. Ob nach Ahaus, Lubmin, Gorleben: Atomtransporte sind ein Risiko, das wir nicht hinnehmen können.

Wir sind viele: Auf ins Wendland! Die letzten Monate haben gezeigt: Eine Politik, die über die Köpfe der Menschen hinweg entscheidet und nur Konzerninteressen bedient, ist auf Dauer nicht durchsetzbar, wenn wir uns gemeinsam zur Wehr setzen. Allein durch Parlamentsbeschlüsse wird es kein Ende der Atomkraft geben - es braucht den Druck von der Straße. Stimmen wir ab, mit Händen und Füßen, wenn der nächste Castor ins Wendland rollt.

Atomkraft? Stilllegen! Die Reaktor- katastrophe von Fukushima hat erneut gezeigt, dass Atomkraft nicht beherrschbar ist. Auch wenn uns die Abschaltung von acht Atommeilern freut: Wir streiten dafür, dass jetzt alle Atomkraftwerke bei uns und weltweit abgeschaltet werden, bevor der nächste GAU passiert. Wir fordern das Ende der Atomindustrie – vom Uranabbau und -anreicherung bis zu den Atomexporten. **Die Alternativen sind da!** Die Regierung bleibt die angekündigte „beschleunigte Energiewende“ schuldig. Eine konsequente Energiewende wird nur in der Hand von kleinen und mittelständigen Unternehmen, Stadtwerken und Bürger/innen gelingen und nicht mit den vier großen Atomkonzernen, die Regierung und Bürger/innen erpressen. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien, Energiesparen und Effizienz.

Castor Stop - Gorleben soll leben!

Über das Abwälzen von Kosten und Gefahren in Raum und Zeit

Ene, mene, muh und das zahlst du!

Am 26. März 1971 nahm der Block I des AKW Fukushima seinen kommerziellen Betrieb auf, und es fehlten nur wenige Tage bis zum 40ten Jubiläum, als die Anlage am 11. März 2011 havarierte. Ohne den Störfall hätte die Betreibergesellschaft Tepco (Tokyo Electric Power Company) im Frühjahr 2011 guten Grund zum Feiern gehabt, denn vierzig Jahre produzierte diese Anlage neben Strom und Atommüll vor allem Gewinne für Japans größten Energieerzeuger.

Doch am 11. März 2011 endete abrupt die Zeit der Gewinne. Mit dem Mehrfach-Gau trat ein Schadensereignis ein, dass alle jemals realisierten Gewinne Tepcos in den Schatten stellte. Im Gegensatz zu den Gewinnen, die Tepco immer zu Gunsten der Aktionäre zu nutzen wusste, treffen die Schäden nun die Allgemeinheit.

Da sind zum einen die fast 200.000 Menschen, die ihr Zuhause, ihren Lebensmittelpunkt und den größten Teil ihrer ökonomischen Basis verloren haben. Da sind zum anderen die Tausenden von Helfer_innen von Armee, Katastrophenschutz und Feuerwehr, die nun die Folgen des GAU begrenzen sollen. Und da ist nicht zuletzt der japanische Staat, der Tepco zumindest in Teilen verstaatlichen wird, um die Situation in den Griff zu bekommen. Im Gegensatz zu den Gewinnen, die über vierzig Jahre privatisiert wurden, werden nun die Kosten der Allgemeinheit aufgenötigt.

Kapitalistischer Normalbetrieb

Dieser Vorgang, die sog. Externalisierung von Kosten und Gefahren, hat Methode und gehört zu den grundlegenden Merkmalen der sog. "Marktwirtschaft" (Kapitalismus). Er tritt bei einer Havarie zwar überdeutlich hervor, prägt aber auch schon den Normalbetrieb der Atomanlagen und der gesamten Ökonomie.

Dass private Firmen mit vermeintlich billigem Atomstrom Gewinne machen, setzt zunächst voraus, dass die Allgemeinheit bereits Unsummen in Forschung und Infrastruktur investiert hat. Neben den zahlreichen staatlichen Kernforschungszentren (z.B. Geesthacht, Karlsruhe, Jülich) wurde bereits 1957 der EURATOM Vertrag geschlossen, durch den der "Kernforschung" jährlich hunderte Millionen von Euros zufließen.

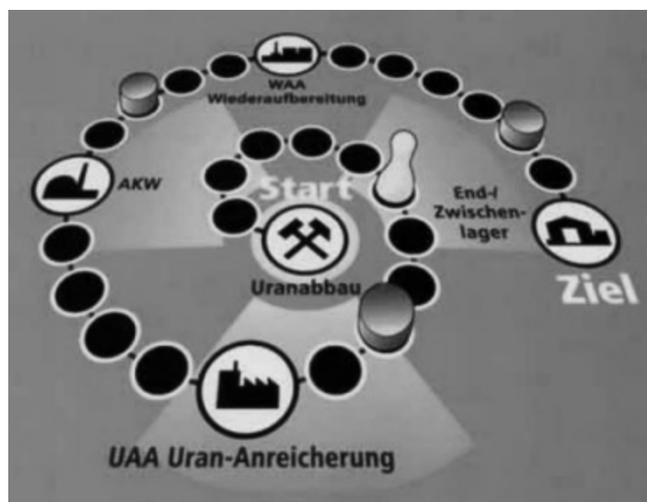
Subventioniert von Anfang an

Allein für die Jahre 2011-12 stehen nach Angaben der EU-Kommission Mittel in Höhe von insgesamt 2200 Mio. Euro zur Verfügung, Darüber hinaus errichtet der Staat, wie bereits von Robert Jungk ("Der Atomstaat") eindrucksvoll beschrieben, eine umfangreiche Sicherheitsinfrastruktur, um die Atomanlagen zu schützen und den Widerstand gegen sie zu bekämpfen. Mit 33,5 Mil-

lionen Euro schlug alleine der Schutz des Castortransportes 2010 zu Buche. Doch die horrenden Kosten und Folgen des Betriebs von Atomanlagen werden nicht nur innerhalb unserer Gesellschaft sozialisiert. Sie treffen vor allem Menschen in anderen Gesellschaften und zukünftige Generationen.

Externalisierung im Raum ...

Weltweit betreiben nur 30 von 193 Ländern AKW, und nur rund die Hälfte dieser Länder betreibt mehr als fünf AKW - in der BRD sind es zur Zeit neun. Das Uran für den Betrieb dieser Atomanlagen stammt hingegen weitgehend aus Ländern und Regionen, die keine



AKW besitzen (Namibia, Australien, Niger). Oder es kommt aus Regionen, in denen nur durch ein binnenkoloniales Verhältnis das Uran abgebaut werden kann (Kanada, USA) bzw. extrem autoritäre Systeme herrschen, wie in Kasachstan und Usbekistan, in denen die Belange der lokalen Bevölkerung kaum Gewicht haben. So werden für den Betrieb eines AKW mit einer Leistung von 1000 MW jährlich rund 30 Tonnen angereichertes Uran benötigt. Dieser vergleichsweise geringen Menge stehen etwa 100.000t feste und 200.000t flüssige Abfälle gegenüber, die bei der Gewinnung des Urans vor Ort anfallen. Um an das begehrte Uran zu gelangen, muss das Uranerz zunächst zermahlen und schließlich mit Chemikalien gelöst werden. Die dazu benötigten Wassermengen stellen gerade in den wüstenartigen Abbaugebieten, wie dem Niger, Namibia oder Australien ein großes ökologisches Problem dar. Rund 85% der ursprünglichen Radioaktivität verbleibt dabei in den Schlämmen und Absetzbecken (tailings). Dabei gibt es ähnlich wie bei der Endlagerproblematik auch für die "schadfreie Versiegelung" der Halden und Schlämme für viele tausend Jahre kein schlüssiges Konzept, das ein Ausgasen von Radon oder das Versickern und Verwehen

anderer radioaktiver Substanzen verhindern würde. Die vorläufige Sanierung des Uranabbaus der ehemaligen DDR hat bis heute bereits 7 Milliarden Euro gekostet. Ein Aufwand, der im Niger oder in Namibia schlichtweg finanziell nicht zu stemmen wäre. Daneben sind große Mengen Arsen, Blei und Quecksilber in den Schlämmen zu finden. In den USA besitzt man die zynische Ehrlichkeit, diese Gebiete als "national sacrifice area" (nationale Opfer Gebiete) einzustufen.

Gebiete also, deren Wiederherstellung nur mit einem "gesellschaftlich nicht vertretbaren Aufwand" zu gewährleisten wäre, wenn überhaupt. Das Beispiel Niger zeugt noch heute von der kolonialen Prägung der gesamten Urangewinnung. Die Ökonomie des Niger, eines der ärmsten Länder der Welt, hing in den 80er Jahren zu rund 90% vom Uranabbau ab. Niger, eine ehemalige französische Kolonie, wäre ohne französische Techniker_innen nicht in der Lage, diese Rohstoffgewinnung zu betreiben. Ein Großteil der eingenommenen Devisen muss jedoch für die Tilgung der für den Aufbau des Uranabbaus aufgenommenen Kredite eingesetzt werden.

Externalisierung in der Zeit

Neben der Belastung anderer Gesellschaften führt der Betrieb von Atomanlagen auch zu einer Belastung zukünftiger Generationen. Ohne in den "Genuss" des Atomstroms zu kommen, wird es einen enormen Aufwand für zukünftige Generationen bedeuten, den strahlenden Müll zu bewachen und, wenn nötig, umzubetten, sollten sich unsere "Endlagerkonzepte" als unzureichend erweisen. Dass diese Problematik keinesfalls hypothetisch ist, zeigen die Vorgänge in der Asse. Kaum jemand, der die Einlagerung dort in den 60er und 70er Jahren entschieden und betrieben hat, ist heute noch am Leben. Und obwohl die meisten heute in der BRD Lebenden keinen "Vorteil" in Form eines Stromkonsums durch die dort lagernden 126.000 Fässer Atom Müll hatten, werden wir doch die mindestens 2 Milliarden teure Rückholung und Umbettung des Mülls bezahlen müssen. Die Externalisierung von Folgen und Kosten in der Zeit findet sich aber nicht nur im Bereich der Atomkraft, sondern auch fast deckungsgleich bei anderen Energieträgern wie z.B. bei Öl oder Kohle (CO₂) statt. Auch die Folgen des sich durch den CO₂ Ausstoß in Zukunft drastisch ändernden Klimas wird die Gesellschaften im Süden, vor allem aber zukünftige Generationen wesentlich heftiger treffen als jene, die mit der Ölförderung ihr Geld gemacht haben. Im besten Fall wird dies bedeuten, sich auf immer häufigere Extremwetterlagen einstellen zu müssen. Viele werden aber ihren Wohnort und ihr soziales Umfeld verlassen müssen, um unter schlechteren Bedingungen eine Zukunftsperspektive im Norden zu suchen.

Nicht dasselbe in "Grün"

Der Mechanismus der Externalisierung von Folgen und Kosten wird durch die Marktkräfte in Gang gesetzt. Es ist also nicht eine moralische Entscheidung des Tep-

co-Managements Gewinne zu machen und die Kosten der japanischen Gesellschaft aufzudrücken, wie sie es getan haben. Sie wären ansonsten als Management gescheitert und abgelöst worden. Wenn wir für eine Gesellschaft streiten, in der Atomanlagen nicht möglich sind, sollten wir aus Fukushima und dem "Normalbetrieb der Atomanlagen" lernen, dass sie keine kapitalistische sein kann, in der die ungleiche Verteilung von Kosten / Folgen und Nutzen ein wirtschaftliches und damit ein gesellschaftliches Grundprinzip darstellt.

FÜR EINE GESELLSCHAFT, IN DER ATOMANLAGEN NICHT MÖGLICH SIND!

anti-atom-büro Hamburg - Textreihe "Für eine Gesellschaft, in der Atomanlagen nicht möglich sind!" Ausgabe 1 // August 2011 // Kontakt: aabbuero@nadir.org



Öko-Strom

Referenzkunden im WWW

Der E.on-Ableger Stromversorgung Osthannover betreibt über sein Ökostromprodukt »Naturwatt« Imagepflege. Dafür haben sich als Referenzkunden einige Bio-Betriebe einspannen lassen. Z.B. die Bohlsener Mühle, der größten Verarbeiter von Bioland-Getreide in Norddeutschland, wie auch der landwirtschaftlichen Biobetrieb Bauckhof Stütensen. Im Landkreis Celle hatte sich das Kulturprojekt »Flotart« von der SVO finanziell fördern lassen.

Das Celler Forum gegen Atomenergie hatte sich mit einem kritisch nachfragenden Schreiben an die Betriebe und »Flotart« gewandt, aber: Antworten blieben aus.

Die Anti-AKW-Initiative hat deshalb eine Internetseite eingerichtet, auf der sich Betriebe (und Einzelpersonen) aus der Region vorstellen können, wenn sie ihren Strom bei einem der großen vier konzernunabhängigen Anbieter beziehen (Greenpeace Energy, Lichtblick, EWS Schönau oder Naturstrom).

Sie Seite steht seit einigen Wochen, ein paar Betriebe haben sich auch schon gemeldet. Aber es wäre schön, wenn es mehr würden. Deshalb: Sprecht Eure Einzelhändler_innen, Kneipen usw. an – fragt, wo sie ihren Strom beziehen. Und weist sie, so sie denn Ökostrom-Kunden sind, auf die Website hin.

www.oekostrom-celle.de

Es müssen vollkommen neue Strukturen entstehen,...

»Sleep-Inn« in Innenstadt-Bank

Anfang November hat sich nach Geschäftsschluss eine kleine Gruppe in der Celler Stadtparkasse eingefunden, um dort gemeinsam im frei zugänglichen Bankvorraum die Nacht zu verbringen. Schlafsäcke, Essen und Trinken und ein paar Spiele brachten sie mit, das Ganze schien ein gemütlicher Abend zu werden. Warum aber wurde der Vorraum einer Bank als Treff- und Übernachtungsort gewählt? Wir drucken nachfolgend eine Pressemitteilung der Gruppe ab, die die Aktion der Öffentlichkeit wie folgt erklärt:

Energieverschwendung- Klimawandel- ohne uns!

Sind Sie neu in der Stadt und haben noch keine geeignete Bleibe? Ihre Kinder wollen eine Pyjama-Party feiern und Sie haben nicht genug Platz in Ihrer Wohnung? Ihr Energieversorger hat Ihnen den Gashahn zugedreht, weil sie die letzten Raten nicht bezahlen konnten oder leben Sie sogar ganzjährig auf der Strasse?

Kein Problem!

Sie können bei uns feiern, chillen oder einfach nur ungestört und warm übernachten. Wir bieten Ihnen freundliche, saubere und Tag und Nacht gut beheizte Räume an 365 Tagen im Jahr. Unsere frei zugänglichen Vorräume sind selbst im Winter so warm, wie es sich nur wenige Privathaushalte erlauben können. Für uns ist klar, dass wir eine derartige Energieverschwendung nicht länger aufrechterhalten können. Sie sind eingeladen, unsere Vorräume kostenlos und kreativ zu nutzen!

Die Bank in Ihrer Nähe.

So oder ähnlich könnte es klingen, wenn wir in einer Gesellschaft leben würden, in der auch die Reichen aus Industrie und Wirtschaft darüber nachdenken würden,

wie sie ihre sozial und ökologisch folgenschwere Verschwendung von knapper werdenden Ressourcen wie Erdöl und Gas verändern könnten. Wenn das Kapital ein Unrechtsbewusstsein dafür entwickeln würde, dass durch sein Handeln der globale Klimawandel massiv verschärft wird, mit all seinen erschreckenden und vernichtenden Folgen, vor allem für die Länder der Südhalbkugel. Durch die Ausbeutung und den hemmungslosen Verbrauch von fossilen Energieträgern, wie Erdöl, Kohle, Uran und Erdgas wird der Lebensraum von einem Großteil der Weltbevölkerung nachhaltig zerstört. Ein reiches Industrieland wie Deutschland hat einen pro Kopf Ausstoß des Klimakillers CO₂ von 11 Tonnen im Jahr. Klimaverträglich wären laut führenden Wissenschaftlern gerade einmal zwei Tonnen pro Kopf und Jahr. Das ist die Menge, die wir in Deutschland allein fürs Heizen »verpulvern«. Wenn wir daran festhalten, müssten wir unseren übrigen CO₂ Ausstoß, z.B. für Ernährung, Mobilität und sonstigen Konsum auf Null reduzieren. Ansonsten ist der Klimawandel nicht aufzuhalten.

Wir fordern den sofortigen Stopp der sinnlosen Verschwendung von Ressourcen und Energie.

Die Versorgung mit Strom und Wärmeenergie muss dezentral, Konzern unabhängig und frei von fossilen Brennstoffen erfolgen. Dieses Ziel muss in den Kommunen oberste Priorität bekommen. Es darf keine finanziellen Vergünstigungen mehr für Großverbraucher geben und finanzielle Anreize sollen Energie sparen belohnen. Es müssen vollkommen neue Strukturen entstehen, die regional und auf ökologisch vertretbare Weise die Grundbedürfnisse der Menschen decken können.

Tina Schröder, eine der ersten Aktivist_innen, die zu Sleep-Inns in Banken aufruft, erklärte gegenüber der Öffentlichkeit: „Banken sind für uns ein Symbol für alles, was wir nicht wollen. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir die Erde durch unsere grenzenlose Verschwendung und Gier weiter zerstören sollten. Dürren, Hungerkatastrophen, Überschwemmungen und Kriege um Ressourcen wie Wasser und fruchtbares Land würden die heute schon ärmsten und schwächsten Länder der Welt nicht überleben. Aber auch die reichen Industriestaaten werden gravierende Veränderungen in Kauf nehmen müssen. Es ist eine Minute vor Zwölf und wir können es uns nicht leisten, auf geeignete Maßnahmen der Regierungen zu warten. Die herrschende Klasse nimmt die Zerstörung unserer Erde, der Meere, der Flüsse und der Luft billigend in Kauf. Eine Regierung, die wie hierzulande ausschließlich die Bedürfnisse der herrschenden Eliten aus Industrie und Wirtschaft bedient, hat für uns schon lange ihre Legitimation verloren.“



Internetseite neu gestaltet

Seit Ende 2002 gibt es das Internetprojekt »Celle im Nationalsozialismus - ein virtueller Stadtrundgang«. Es ist seitdem eine der meistbesuchten nicht-kommerziellen lokalen Webseiten. Jede Suchmaschine listet die Seite unter dem Begriffspaar »Celle + Nationalsozialismus« auf Rang Eins. Die häufige Nutzung hat ihre Ursache in den unterschiedlichen Gruppen, die auf die Seite zugreifen: Schüler_innen, die sich im Unterricht nach einem stadthistorischen Zugang zum Nationalsozialismus suchen; Wissenschaftler_innen, die aus regionalhistorischem Interesse z.B. auf die umfangreiche Literaturliste zugreifen, oder auch Menschen, die bei familiengeschichtlichen Nachforschungen auf die Seite stoßen.

Doch der »Mantel«, das Design der Webseite, machte zuletzt einen ziemlich altbacken Eindruck – die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat in technischer und optischer Hinsicht große Schritte gemacht. Ein »Re launch« war seit längerem unumgänglich. Doch bei einer derart umfangreichen Präsentation wurde dies zu einem Unterfangen, das professioneller Unterstützung bedurfte. Möglich wurde die Neugestaltung jetzt mit Mitteln des Bundesprogrammes »TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN«.

Zum Jahrestag der Pogromnacht wurde jetzt die Seite im neuen Gewand freigeschaltet. Der Aufbau orientiert sich nach wie vor an der Topographie, das heißt an den Orten, die in Celle in der Zeit des Nationalsozialismus für Opfer, Täter und Zuschauer_innen von Bedeutung waren. Im Rahmen der Neugestaltung sind einige Stationen hinzugekommen, zu denen sich das historische Wissen in den letzten Jahren erweitert hat. Und durch umfassende Verknüpfungen können überall Bezüge hergestellt werden. Zudem gibt es viele neue Fotos und



Dokumente. (Wie oben das der »Kraft durch Freude«-Laden in der Bergstraße 1A). Im Aufbau ist zudem ein Pool von Unterrichtsmaterialien, der Lehrkräften die Möglichkeit geben soll, regionalgeschichtliche Aspekte stärker in ihren Unterricht einzubauen.

Kunst – hier auch !

Nachdem die Kunstaktion »Kunst - hier auch!« in Celle am Freitagabend den 14. Oktober 2011 mit einer Vernissage im Haus Markt 18 starten sollte, stellte sich doch ziemlich bald heraus, dass das Ganze draußen stattfinden musste: unglaubliche 350-400 Leute standen dichtgedrängt auf dem Markt und die meisten von ihnen beteiligten sich an dem sich anschließenden Rundgang durch die Altstadt und konnten sich die Kunstwerke in den liebevoll eingerichteten Schaufenstern ansehen.

Ein besonderes Highlight war die Ausgestaltung der »Heeringasse«-die Verbindung zwischen Bergstraße und Südwahl, an der sich 11 Künstler_innen unter dem Thema »Petersburger Hängung vs. Streetart« am vergangenen Sonnabend beteiligten.

Absolut phantastisch ist auch der Katalog gelungen: auf über 80 Seiten kann man sich anhand des Stadtplans durch die Geschäfte kucken und die einzelnen Künstler kennenlernen. (Katalog ist überall für umsonst zu haben.)

Also unbedingt hingehen! Das gibt's dann so schnell nicht wieder!

Mehr Informationen und Photos gibt es auf der Seite der Aktionisten: www.kunst-hier-auch.de



Eschede - Johannes Kneifel als Held gefeiert?

Forderung nach Mahnmal für Peter Deutschmann

Am 24. September 2011 hat der *Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte* in Eschede im Freibad eine Veranstaltung durchgeführt, um gegen die Treffen der extremen Rechten auf dem Hof des rechtsextremen Landwirts Joachim Nahtz in Eschede zu protestieren. Es wurden Ansprachen, eine Andacht, Infostände etc. durchgeführt und eine Musikgruppe hat gespielt.

Samtgemeindebürgermeister Günter Berg hat an der Veranstaltung teilgenommen, um zu zeigen, dass er dabei ist, um seine Stimme gegen Rechts zu erheben. *„Eschede steht vor einer Herausforderung, wie es sich mit den rechtsextremen Aktivitäten auf dem Hof Nahtz auseinandersetzen soll. Die rechtsextremen Aktivitäten haben in den letzten vier bis fünf Jahren eine Schwelle überschritten, die Besorgnis erregend ist.“*

Leider haben dieses Problem viele Escheder noch nicht erkannt, obwohl das Treiben auf dem Hof Nahtz schon seit über 20 Jahren stattfindet. Wann wird das verschlafene Dorf Eschede endlich wach?

Im Folgenden machte Günter Berg das Problem der mangelnden Solidarität aufmerksam:

„Die Wahrnehmung des Problems und des Problembewusstseins sind zum Teil sehr different, das erleben wir hier in Eschede auch. Sie erfordern eine klare Situationsanalyse und eine gemeinsame Verständigung über die Probleme in der Kommune.“

Die Dorfbevölkerung kann nur in geringem Maße mobilisiert werden, das Problem wahrzunehmen, geschweige denn, an den Demonstrationen und Kundgebungen dabei zu sein und teilzunehmen.

Ich glaube, das wäre anders, wenn man Kontakt zu Personen aus der rechten Ecke hätte, wenn Nazis in Form von Kundgebungen durchs Dorf ziehen würden. Ich glaube, dann würden sich unsere Mitmenschen hier anders verhalten.“

Ja, was muss noch geschehen, damit sich die Escheder eindeutig gegen ein Nazidorf Eschede aussprechen. Es ist schon erschreckend, dass sich Bürger, wie im Folgenden von Berg dargelegt, verhalten.

„Schlimm ist es allerdings, wenn Ablehnung und Unverständnis für die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus geäußert werden, wenn z.B. durch Straßensperrungen die Häuser nicht erreicht werden können und wenn der eigentliche gute und wichtige Zweck der Kundgebung gegen Rechts ins Hintertreffen gerät und das persönliche geschilderte Anliegen durch die vorübergehende Behinderung in den Vordergrund gerät.“

Wer glaubt, aktives Wegschauen löst die Sache, der ist auf dem Holzweg.“

Erschreckend ist, dass das dargestellte aktive Wegschauen insbesondere auch von Politik und Verwaltung betrieben wird. Solange von deren Seite keine eindeutige Positionierung stattfindet, wird es der Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte schwer haben, die Bevölkerung zu gewinnen. Deutlich sichtbares Zeichen dafür ist, dass die Veranstaltung des Arbeitskreises für Demokratie und Menschenrechte nur von wenigen Eschedern besucht werden.

Dies verdeutlicht, in welcher extremer Form die Escheder Bevölkerung den rechtsextremen Aktivitäten auf dem Hof Nahtz zuschaut. Mittlerweile wohnen schon Nazis mitten in Eschede. Sollte die braune Vergangenheit doch stärker sein, als die Escheder wahrhaben wollen?

Zeitgleich mit der Veranstaltung im Freibad trafen sich auf dem Hof Nahtz neonazistische Täter und zukünftige Täter von morgen, die nicht davor zurückschrecken, in ihrer menschenverachtenden Ideologie Menschen zu schädigen oder zu töten. Am 24. September 2011 waren es rund 150 Nazis, davon rund 30 Kinder.

Denjenigen, die die Veranstaltung am Freibad, die auf diese Gefahr hinweist, organisiert haben und daran teilgenommen haben, ist eine hohe Anerkennung auszusprechen. Sie zeigen Zivilcourage und erheben ihre Stimme gegen Rechts.

Von Pastor Christoph von Butler und vom Samtgemeindebürgermeister Günter Berg wurde Johannes Kneifel herzlich begrüßt. Er wurde von einem NDR-Fernsehteam begleitet und in den Medien von der Evangelischen Kirche als »Held« gepriesen.

Johannes Kneifel hielt die Andacht. Er redete mit starker Sprache und sicher. Vorher konnte man ihn als unscheinbaren und leisen Teilnehmer der Veranstaltung wahrnehmen.

„Ich habe eine Vergangenheit, auf die ich nicht besonders stolz bin und vor einigen Jahren wäre ich vielleicht nicht auf dieser Veranstaltung gewesen, sondern auf der Veranstaltung der Rechtsextremisten, mit denen zusammen gefeiert, hätte mich vielleicht lustig gemacht über die Menschen, die hier versammelt sind und hier Position beziehen gegen Gewalt, gegen Extremismus.“

Ich selbst habe einen Menschen überfallen und ihn schwer verletzt zurückgelassen. Ich kannte es, dass ich Menschen ihr Recht auf körperliche Unversehrtheit abgesprochen habe, ihr Recht auf Leben.“

Ich kam als Täter ins Gefängnis, ich war auf einmal

umgeben von den vielen Ausländern, von Leuten, mit denen ich mich auf der Straße wahrscheinlich geprügelt hätte und ich war hoffnungslos unterlegen. Ich alleine gegen Dutzende, Hunderte, und das Naheliegendste wäre gewesen, dass ich jetzt Hilfe erfahre von meinen Kameraden, von den anderen Rechtsradikalen im Gefängnis. Diese Leute waren eigentlich die einzigen gewesen, auf die ich meine Hoffnung setzen konnte in meiner Situation.

Aber es kam die erste Begegnung mit den Rechtsextremen im Gefängnis. Ich habe vorhin einen von ihnen kurz gesehen, weil er hier in Eschede ist bei der Brauchtumsfeier. Und diese Begegnung war nicht hilfreich für mich. Auf einmal waren die Leute, mit denen ich doch draußen irgendwie befreundet war, zumindest verbunden durch die gleiche Einstellung, auf einmal waren sie nicht Helfer, sondern es gab Streit mit ihnen und ich stand ganz alleine da. Ich wusste nicht, wie werde ich hier zurecht kommen. Von denen, wo ich hätte Hilfe erwarten können, habe ich gemerkt, von dort bekomme ich keine Hilfe.

Ich habe auf einmal gemerkt, die Ausländer, an denen ich mich wahrscheinlich wenn ich denen auf der Straße begegnet wäre, hätten wir uns die Köpfe eingeschlagen. Auf einmal erlebe ich über die Menschen zum ersten Mal dass sie sagen, Du warst draußen Nazi, wir hätten uns draußen geschlagen, aber wir beurteilen Dich nicht nach dem was draußen passiert ist. Wir sehen wie Du uns hier begegnest und danach beurteilen wir Dich und es ist vollkommen egal, was draußen war. Und auf einmal sind im Gefängnis Ausländer meine Freunde geworden.

Das ist genau so ein Wunder, dass ich hier heute stehe und auf einer Veranstaltung gegen Gewalt, gegen Extremismus spreche. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass aus Feinden Freunde werden und von mir aus wäre es wohl auch nicht passiert.

Aber ich habe erfahren, andere gehen auf mich zu, geben Dir eine faire Chance und diese Erfahrung hat mich ver-



ändert. Ich habe Ausländer als Menschen wahrgenommen, als Freunde wahrgenommen, und ich habe in dieser Begegnung, die nicht zu erwarten war, meinen Rassismus verloren und ich habe gemerkt, dass es, obwohl sie andere Hautfarben haben, andere Religionen haben, vielleicht andere Sitten und Gebräuche haben, doch wunderbare Menschen sind und Menschen sind, die mein Leben bereichern, zu wertvollen Freunden geworden sind.“

Johannes Kneifel begründet seine Abkehr vom Rechtsextremismus auch damit, dass er im Knast den Weg zu Gott gefunden hat.

Ohne Zweifel stellt sich Johannes Kneifel der Tat und bekennt sich dazu, aber kein Wort über das Opfer Peter Deutschmann geht über seine Lippen.

Wer ist Johannes Kneifel? Viele haben es vergessen oder verdrängt, aber am 9. August 1999 hat der damals 17-jährige Gymnasiast mit Marco Siedbürger in Eschede Peter Deutschmann überfallen. Die beiden Neonazis sind gewaltsam in die Wohnung eingedrungen, zerrten Peter Deutschmann aus dem Bett und schlugen ihn sofort nieder. Am Boden liegend trat Johannes Kneifel mit seinen stahlkappenbewehrten Springerstiefeln auf ihn ein und zertrümmerte den Kehlkopf von Peter Deutschmann. Sie traktierten ihr wehrloses Opfer weiter mit Glasscherben.

„Das Blut war bis zu 1,80 Meter Höhe an die Wände gespritzt“, berichtete vor Gericht ein Polizeibeamter.

Sie ließen Peter Deutschmann stark blutend mit zertrümmertem Kehlkopf zurück und zerstörten das Telefon, um zu verhindern, dass er Hilfe holen konnte.

Vor Gericht berichten sie, dass sie dann seelenruhig nach Hause gegangen sind und sich schlafen gelegt haben.

Durch Deutschmanns verzweifelte Hilferufe wurden Nachbarn aufmerksam und alarmierten die Polizei. „Der Mann ist jämmerlich gestorben, er hat 3 ½ Stunden lang bis zu seinem Koma in Todesangst nach Luft gerungen“, so Staatsanwältin Marianne Neuhaus-Kleinicke im Prozess.

Peter Deutschmann erlag seinen schweren Verletzungen 24 Stunden später. Der Gerichtsmediziner zählte 22 Verletzungen.

Das Opfer kannte die beiden Täter. Immer wieder war es in der Vergangenheit zu Reibereien zwischen ihnen gekommen, weil Peter Deutschmann den offenen Rassismus seiner späteren Mörder nicht widerspruchslos hinnehmen wollte. Sie haben diese Kritik als Anlass für ihren brutalen Überfall genommen. Sie wollten Peter Deutschmann einen »Denkzettel« verpassen.

Peter Deutschmann ist für die Schuld von Johannes Kneifel gestorben.

Im Dezember 1999 war in der Celleschen Zeitung zu lesen: „Fünf Jugendliche des rechten Spektrums sind im Nordkreis seit 1997 durch Gewalttaten aufgefallen.“ Müller von der Ohe vom Staatsschutz Celle berichtete, auffällig sei, dass über 80 % der Straftaten von nur drei Personen verübt wurden. Zwei davon säßen im Augenblick wegen des Skinhead-Mordes in Eschede in Untersuchungshaft.

Wie gleicht sich doch die Situation? Schon 1999 schauen die Escheder tatenlos dem Rassismus zu und ließen die Neonazis gewähren und heute sehen sie tatenlos den rechtsextremen Aktivitäten auf dem Hof Nahtz zu, wo sich neonazistische Täter, wie z. B. auch Marco Siedbürger und die Täter von morgen treffen.

Im Januar 2000 wurden die beiden Escheder Neonazis zu 5 Jahren Haft verurteilt.

Heute studiert Johannes Kneifel evangelische Theologie und arbeitet gleichzeitig an einem Buch. Der Titel lautet „Von Saulus zum Paulus – Neonazi, Mörder, Pastor - Meine drei Leben“.

Peter Deutschmann kritisierte Johannes Kneifel wegen seiner ausländerfeindlichen Parolen und wurde dafür umgebracht. Politischer kann kein Mord sein.

Deutschmann war Discjockey in der ehem. Diskothek *Freedom* in Altenhagen. Er trat den ausländerfeindlichen Sprüchen stets verbal, also völlig gewaltfrei entgegen und trug ein silberfarbendes Kreuz um den Hals.

Seit 1990 wurden in Deutschland über 150 Menschen von Rechtsextremen umgebracht. Peter Deutschmann ist eines dieser Opfer. Er wurde im Alter von 44 Jahren von Escheder Neonazis zu Tode geprügelt.

Der Mord an Peter Deutschmann darf nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb sollte in Eschede auch unbedingt ein Mahnmal aufgestellt werden, das durch seine öffentliche Präsenz an dieses furchtbare Ereignis erinnert.

Sein Tod macht ganz besonders betroffen, weil Peter Deutschmann genau das getan hat, was wir alle tun sollten, Gesicht zeigen, couragiert Rassismus und Diskriminierung entgegenzutreten. Peter Deutschmann hat dafür einen hohen Preis gezahlt, den höchsten. Das hat ihn sein Leben gekostet.

Das Mahnmal soll Betroffenheit erzeugen und über Generationen hinweg vor dem Rechtsextremismus und seinen Gefahren warnen. Es soll auch daran erinnern, warum Peter Deutschmann totgeprügelt wurde.

Es soll gut sichtbar aufgestellt werden. Es soll bewirken, dass Menschen hinschauen, wenn sich menschenverachtendes Reden und Handeln breit macht, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Problem erkannt und nicht kleingeredet wird, dass Menschen sich dagegen wehren.

Der wahre Held dürfte Peter Deutschmann sein.

Johannes Kneifel hat sich auf der Veranstaltung am 24. September 2011 auf Nachfrage dahin gehend ausgesprochen, dass an Opfer rechter Gewalt in Form eines Gedenksteins erinnert werden soll. Er ist jetzt aufgefordert, zumindest einen Teil des Erlöses aus dem Buch für dieses Vorhaben zur Verfügung zu stellen und sich öffentlich in Eschede und anderswo gegen das Vergessen der Opfer rechter Gewalt einzusetzen.

Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede - Für Demokratie und Menschenrechte
Demonstration in Eschede am 17.12.2011, 14 Uhr, Bahnhof

Trüffelschwein der Mosaik-Linken

Seit Februar 2006 belebt der Celler Rosa-Luxemburg-Club die lokale Bildungslandschaft. Über 60 Vorträge und Seminare wurden seitdem durchgeführt. Wir wollten wissen, wie die Club-Mitglieder ihre Arbeit organisieren und einschätzen und was wir künftig zu erwarten haben.

?: Was ist eigentlich der Rosa Luxemburg Club?

!: Wir sind ein lokaler Kooperationspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen. Letztere ist ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Stiftung bei der SPD oder die Konrad-Adenauer-Stiftung bei der CDU die Stiftung der Partei Die Linke. Aber sie arbeitet – wie auch die anderen parteinahen Stiftungen – unabhängig und ei-

AUFRUF zur DEMONSTRATION

am 17.12.2011

Beginn 14.00 Uhr am Bahnhof Eschede

Seit Jahren finden in Eschede Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben leider schon Tradition. Diese als Brauchtumsfeiern daher kommenden Treffen dienen der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft Fördernde Zusammenkünfte. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert.

Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren kommt einem Tolerieren gleich. Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazi-lebensgefühl einzubinden. Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten – ungestört wie hier in Eschede, aber auch öffentliche, wie die ständigen Naziaufmärsche – verfestigt sich die Szene.

Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren!

Wir unterstützen diesen Aufruf: ...

Es folgt eine Liste der UnterstützerInnen (Gruppen, Institutionen, Einzelpersonen). Anlässlich der diesjährigen Sommer-sonnwendfeier waren es über 30 UnterstützerInnen, die den Aufruf unterschrieben haben. Zur diesjährigen Winterdemo soll mit den UnterstützerInnen der oben abgedruckte Aufruf als Anzeige in der CZ erscheinen. Es sind nicht nur die angesprochen, die letztes Mal schon dabei waren, sondern auch DU! Also: wenn Du oder deine Gruppe / Organisation als UnterstützerIn dabei sein willst, dann melde Dich bitte bei revista (sh. Impressum). Allerdings kostet die Anzeige Geld, jede Summe ist willkommen! Bis 30.11.2011 könnt Ihr Euch melden, dann ist „Einsendeschluss“.

genverantwortlich, wobei die Hauptaufgabe die Förderung der politischen Bildung in Niedersachsen ist. Die Finanzierung läuft überwiegend aus Mitteln des Bundes, wobei die Wahlergebnisse den Umfang der Förderung bestimmen.

?: Und wie sieht eure Organisationsform vor Ort aus?

!: Es gibt keine richtiggehend formale Struktur. Im Kern sind wir ein kleiner Club von alten Männern, um genau zu sagen: vier Best-Agern, wie es heute genannt wird – und einem etwas jüngeren Semester. Wir würden aber sowohl den Altersschnitt gern senken als auch Frauen gern dabei haben. Das wollen wir im nächsten Jahr mal angehen. Unser Club trifft sich etwa viermal im Jahr, um Veranstaltungen zu planen und die organisatorischen Aufgaben zu verteilen.

?: Was sind das für Aufgaben?

!: Wenn wir uns für ein Thema entschieden haben, sucht einer von uns eine_n passende_n Referent_in. Dann muss unter Berücksichtigung von möglichen Veranstaltungsorten ein Termin abgemacht werden. Die Veranstaltung muss beworben werden. Und nachdem sie durchgeführt ist mit der Stiftung abgerechnet werden, wozu dann auch ein sogenannter Sachbericht gehört, den wir erstatten müssen.

?: Wie kommt ihr auf die Themen der Veranstaltungen?

!: Das ist aktuell der Prozess, wo wir außerhalb der eigentlichen Veranstaltungen diskutieren: Was interessiert uns, was ggfs. auch 20-30 Menschen in Celle anlocken könnte? Da gibt es dann durch die unterschiedlichen Persönlichkeiten eben auch unterschiedliche Prioritäten. Der eine will gern die aktuellen Ökologiediskussionen – also Klimaschutz, Energiewende, Wachstumskritik – anheizen, ein anderer ist eher ökonomisch und sozialpolitisch interessiert. Einige von uns finden internationalistische Themen wichtig. In der gemeinsamen Diskussion versuchen wir dann, das Thema so zu präzisieren, dass sich alle darin wiederfinden. Und wir tauschen uns über mögliche Referent_innen aus. Der eine hat mal den gesehen und der andere mal einen Artikel von der gelesen. Und so kommen wir dann zu einer Konkretisierung.

?: Und ihr einigt euch immer?

!: Fast immer. Was bisher z.B. aber nicht geklappt hat: Alle würden gern mal eine Veranstaltung zur Schulpolitik machen, aber da gehen unsere Vorstellungen jedesmal, wenn wir's andiskutieren, relativ weit auseinander.

?: Aber ihr macht vor Ort auch Kooperationen.



Rosa Luxemburg Denkmal am Landwehrkanal in Berlin

!!: Ja klar. Wir haben in der Vergangenheit etliche Veranstaltungen gemacht zusammen mit attac, mit dem Forum gegen Atomenergie oder der VVN/BdA, auch mal mit der HVHS Hustedt. Für uns ist das eine wichtige Erweiterung, weil: Die Initiativen haben ein bestimmtes Interesse, eine Bildungsveranstaltung durchzuführen. Sie wissen, welche Themen in ihrem Feld gerade aktuell sind. Und zusammen erreichen wir in der Regel auch mehr Teilnehmer_innen.

?: Und ihr übernehmt die Finanzierung.

!!: Zumindest zu einem gewissen Teil, ja.

?: Da habt ihr aber auch klare Grenzen.

!!: Ja. Wir „alten Männer“ kommen aus einer Generation, wo es eigentlich üblich war, Referent_innen nur Fahrtkosten zu erstatten. Das funktioniert heute aber nur noch selten. Etliche der Referent_innen sind freiberuflich unterwegs und binden sich mit einer Veranstaltung in Celle fast immer einen ganzen Arbeitstag ans Bein. Das müssen und wollen wir auch honorieren. Aber: Zum einen haben wir aktuell eine Regelung, die darauf hinausläuft, dass wir ein einheitliches Honorar von 150 Euro plus Fahrtkosten zahlen. Zum anderen achten wir darauf, dass die Referent_innen nach Möglichkeit am selben Abend noch mit der Bahn zurück

nach Hause fahren können, also ihr Zeitaufwand sich in Grenzen hält.

?: Seit wann gibt es den Celler Club?

!!: Im Februar 2006 haben wir unsere erste Veranstaltung gemacht und seitdem jetzt schon gut 60 weitere. Wir sind damit eindeutig auf Platz 1 der Veranstalter von politischer Bildung, nehmen wir mal die HVHS Hustedt aus.

?: Das wundert uns auch. Die anderen parteinahen Stiftungen sind in Celle fast gar nicht vertreten. Woran liegt das?

!!: Das stimmt. Aber das wollen wir nicht beurteilen. Die linke Bewegung in Westdeutschland ist fast schon traditionell eine Bewegung der Aufklärung, das heißt: Immer der Vorstellung verhaftet, mit Information und Diskussion sich selbst und anderen Menschen ein klareres Bild von politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Konflikten verschaffen zu können. Und in den letzten Jahren gibt es ja eine Reihe von Konfliktfeldern, die im Grunde genommen einer breiten gesellschaftlichen Diskussion bedürfen. Aber „bearbeitet“ werden sie ja fast nur noch in Talkshows, wo grundsätzliche Erwägungen genausowenig eine Rolle spielen wie differenzierte Analysen. Und da sehen wir „unseren Job“. Wir betreiben politische Bildungsarbeit jenseits von Günter Jauch und Anne Will.

?: Könnt ihr das mal an einem Beispiel erläutern?

!!: Wir haben im Herbst zwei Veranstaltungen zum Thema „Jenseits des Wachstums“ gemacht, also Kritik am Wachstumsparadigma der Industriegesellschaften. Da hatten wir mit Niko Paech von der Uni Oldenburg und Adelheid Biesecker, ehemals Uni Bremen, zwei Wirtschaftswissenschaftler in Celle, die intensiv an diesen Fragen arbeiten. Es wäre ihnen bei Günter Jauch überhaupt nicht möglich, ihre Theorien zu erklären. Das Format gäbe ihnen weder die Zeit, noch den Rahmen für eine halbwegs zusammenhängende Entwicklung ihrer Kritik und ihrer Alternativen. Und auch die Diskussion in diesen Talkshows – achtet mal darauf – kennt so etwas wie ein Interesse an den Positionen der anderen überhaupt nicht. Die Gäste sind nur eingeladen, um konträre Positionen abzubilden und sich gegenseitig anzubellen. Das ist in unseren Veranstaltungen gänzlich anders. Über Fragen und auch über Kritik an den vorgetragenen Thesen geht es vor allem darum, die Tragfähigkeit der Theorien und Vorstellungen der Referent_innen besser zu verstehen und selbstverständlich auch zu hinterfragen. Bei den beiden Vorträgen zu Postwachstumsökonomien drehte sich eine Diskussion zum Beispiel dann darum, ob die Gesellschaft in ihrer Breite „so weit“ ist, ihre gegenüber Mensch und Natur unverantwortliche Lebensweise überhaupt in Frage zu stellen. Bei Anne Will säße dann ein Hans-Werner Sinn, dessen Rolle dann darin besteht, mögliche Alternativen per se vom Tisch zu wischen.

?: *Seid ihr zufrieden damit, wie eurer Programm angenommen wird?*

!: Eigentlich ja. Wir haben eine bestimmte Stammhörerschaft, dazu gehören Leute aus dem attac-Zusammenhang. Und dann ist es ja nach Thema tatsächlich sehr unterschiedlich. Selten allerdings gelingt es uns, mal eine größere Zahl Jugendlicher anzusprechen. Das klappt mal bei praktischen Sachen wie Seminaren zu Webdesign oder PC-Sicherheit, aber selbst zum Beispiel neulich bei der Veranstaltung zu »Rammstein – filmisch« war niemand unter 30 Jahren da. Wir finden das zwar schade, aber wollen daraus keine Schelte ableiten, denn wahrscheinlich hat jede Generation ihre eigenen Zugänge zu gesellschaftspolitischer Weiterbildung.

?: *Vielleicht sind eure Veranstaltungen auch zu anspruchsvoll?*

!: Würde ich nicht sagen. Die Veranstaltungen haben in der Regel zwar das Niveau von Uni-Seminaren, aber wir hatten's eigentlich nie, dass die Teilnehmer_innen nur Bahnhof verstanden haben. Das Problem ist höchstens, dass wir neben vielen Perlen manchmal auch »Nieten« unter den Referent_innen haben. Das sind dann Leute, die meist wissenschaftlich tief in ihrem Thema sind, aber vortragstechnisch nichts drauf haben. Aber wer uns regelmäßig besucht, weiß, dass das eher selten vorkommt.

?: *Was ist euer Anspruch?*

!: Wir leben in einer sehr krisenhaften Welt, in der die Suche nach Alternativen uns antreibt. Da geht es dann darum, die Krisenphänomene besser zu verstehen, und nachzuvollziehen, wie sich die Kritik daran in Wissenschaft und Bewegungen entwickelt. In Abwandlung von Adorno könnte man sagen: Wir wollen uns weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht dumm machen lassen. Und wir sehen, dass es auch in Celle immer wieder genügend Menschen gibt, die dieses Interesse mit uns teilen.

?: *Vielleicht noch eine Frage zu dem Verhältnis von Partei und Stiftung – wie sieht das bei euch vor Ort aus?*

!: Von den fünf festen Mitgliedern unseres Clubs sind zwei Mitglied in der Partei, die anderen haben kein Parteibuch. Und von Seiten der Stiftung gibt es tatsächlich keinerlei eingrenzende Auflagen, was unsere Arbeit betrifft. Insgesamt ist es bundesweit so, dass die Stiftung mit ihren Veranstaltungen gewissermaßen als Trüffel-schwein für eine Mosaik-Linke agiert. Während Die Linke in ihrem Alltag sehr auf parlamentarische Arbeit ausgerichtet ist, sind wir vorwiegend interessiert an Bewegungsthemen – also z.B. die Postwachstumsdiskussion oder der Einschätzung der Bedeutung der neuen linken Bewegungen in Lateinamerika.

?: *Dieser Begriff »Mosaik-Linke« - was ist damit gemeint?*

!: Vor gut zwei Jahren gab es mal einen großen Kongress von attac zu Finanzkrise und Kapitalismus. Da



stellte sich die Frage, wer ist eigentlich Akteur auf der Linken – weil keine sozialistische oder kommunistische Partei in Europa könnte heute von sich behaupten, sie würde alle Menschen organisieren oder vertreten, die an Veränderung interessiert sind. In Deutschland ist die Linke ja weit mehr als die Partei Die Linke: dazu gehören darüberhinaus Leute aus Gewerkschaften, Kirchen, vereinzelt auch aus SPD und Bündnisgrünen, aus NGOs und von attac, aber auch Menschen in den sozialen Bewegungen: AKW-Gegner_innen, Gentechnik-Feldbefreier_innen, Kriegsgegner_innen usw., usw. Alle versuchen aktuell eine Beitrag zur Emanzipation zu leisten und sollten sich mit ihren Fragen und Antworten aufeinander beziehen. Der Begriff kommt von Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Mitglied des IG Metall Vorstands. Sein Anliegen damit: Nur wenn die gesellschaftliche Linke unterschiedliche Traditionen und Kulturen nebeneinander stehen lassen und sie gleichzeitig zu einem gemeinsamen Projekt anordnen kann, hat sie Zukunft.

?: *Letzte Frage – was sind die Planungen für das kommende Jahr?*

!: Zum einen wollen wir unser Veranstaltungsprogramm wie bisher weiterführen, zum anderen aber planen wir eine kompakte Bildungswoche mit Vorträgen, Seminaren und Kulturprogramm – entweder direkt vor oder nach den Sommerferien.

Wer bei uns mitmachen will, kann uns eine mail schreiben (rlc-celle@web.de), darüber kann man/frau sich auch in einen newsletter eintragen lassen, mit dem wir über unsere Veranstaltungen informieren. Einen Überblick gibt dann auch noch unsere website: <http://rlc-celle.over-blog.de/>

Gutes Leben statt Wachstum

Der Rosa Luxemburg Club hatte im September/Okttober mit Niko Paech und Adelheid Biesecker zwei Wirtschaftswissenschaftler nach Celle eingeladen, die sich intensiv mit den auf Wachstum basierenden Krisenphänomenen auseinandergesetzt und Alternativen haben. Von Niko Paech finden sich zentrale Thesen auf der Website www.postwachstumsoekonomie.org/; den Vortrag von Adelheid Biesecker wollen wir hier in wichtigen Punkten zusammenfassen.

Für Adelheid Biesecker ist klar, dass es an der Zeit ist, sich vom Wachstum zu verabschieden. Unsere Gesellschaft muss zu einer neuen »Geschäftsgrundlage« finden. Denn »Nachhaltigkeit« ist mit dem alten »Geschäftsmodell« nicht zu machen. Die Gründe sind offensichtlich: 1. die fossilen Vorräte gehen zu Ende; 2. die Atomenergie hat sich als nicht beherrschbar erwiesen; 3. die Beschädigung des globalen Klimas bedroht die Lebensbedingungen für Menschen auf dieser Erde insgesamt; 4. das alte ökonomische »Geschäftsmodell« führt zu immer mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit.

Die Alternative liegt im Konzept vom »Vorsorgenden Wirtschaften«, das keinem Wachstumszwang unterliegt, aber auch nicht wachstumsfeindlich ist: »Was in dieser Ökonomie wächst und was nicht, wird nach Kriterien von Zukunftsfähigkeit und gutem Leben bestimmt.«

Wichtig ist aber auch zu wissen, warum im »alten Geschäftsmodell« keine Kehrtwende möglich ist. Die Marxsche Kritik hat hier ihre Gültigkeit. Sie sieht die Ursache für Wachstum im Verwertungsdrang des Kapitals – im Drang, immer mehr Kapital anzuhäufen, und dabei möglichst viel Profit zu erwirtschaften. »Kritisiert wird [...] die Gier der Manager, deren Maßlosigkeit. Aber diese Maßlosigkeit ist nicht nur »schlechte menschliche Eigenschaft«, sondern sie steckt im System: Kapital ist an keinerlei Qualität, an keinerlei Gebrauchswert, an keinerlei Lebensprozess gebunden, es bezieht sich nur noch als Quantität auf sich selbst, [...]. Kapital ist maßlos – und die Akteure, in denen es sich personifiziert, sind es folglich auch.«

Neben Marx bezieht sich Biesecker auf die Ökonomin Margret Kennedy, die ihre Kritik am Wachstum des Geldes und der geldgetriebenen Ökonomie im Vergleich zum Wachstum in der Natur entwickelt hat. Während Letzteres einer qualitativen Wachstumskurve folge, in der lebendige Individuen zunächst schnell wachsen, dann langsamer, um schließlich nur noch qualitativ zu »wachsen« – sich zu entwickeln. Ganz im Unterschied zu in Geld ausgedrücktem Reichtum, der auf der Basis von Zins und Zinseszins exponentiell wächst: Kennedy fordert daher ein Geldsystem, das der qualita-

tiven Wachstumskurve von Naturprozessen folgt.

Auch die Theorieansätze von Hans-Christoph Binswanger zieht die Wirtschaftswissenschaftlerin zur Erklärung heran: »Der Wachstumszwang rührt für ihn daher, dass Unternehmen zur Finanzierung ihrer Investitionen Kredite brauchen, für die sie die Zinsen aus den erwarteten Gewinnen bezahlen. Sie müssen also Gewinne machen – und wenn die Zinsen steigen, müssen auch diese Gewinne steigen. Also muss das Unternehmen wachsen – oder, so möchte ich ergänzen, die Löhne drücken, um Geld für die Zinszahlungen aus der Lohnsumme zu holen. Der Wachstumsdrang kommt [...] von den Aktionären, die eine möglichst hohe Rendite erzielen wollen und daher auf immer neue Investitionen drängen.«

Um zukunftsfähig zu werden, geht es – so Adelheid Biesecker – im globalen Norden nicht um Wachstum, sondern um Verteilung und Umverteilung in allen Bereichen der Gesellschaft – um Gerechtigkeit.

Global muss eine nachhaltige Entwicklung, sustainable development, im Zentrum stehen, »die die Bedürfnisse heute lebender Menschen befriedigt, ohne die Möglichkeiten für zukünftige Generationen zu beschränken, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.«

Das Konzept vom Vorsorgenden Wirtschaften beginnt mit einem Perspektivenwechsel, wobei »das Ganze des Wirtschaftens« (neben der Marktökonomie also auch ihr »weiblicher Zwilling«, die Care-Ökonomie) und »das Ganze der Arbeit« mit ihren geschlechtshierarchischen und naturfeindlichen Konstruktionen in den Blick genommen wird. Es geht darum, Märkte als Mittel für Lebenszwecke gesellschaftlich zu gestalten, also die Frage zu stellen: Welche Märkte tun den Menschen und der Natur gut? Auch das Geldsystem muss nicht unbedingt abgeschafft werden, weil es – klug gehandhabt – ein Hilfsmittel für die Koordination zahlloser ökonomischer Transaktionen zwischen gegenseitig unbekanntem Menschen sein kann. Aber: »Geld muss Geld bleiben, und nicht zu Kapital mutieren. Geld als Lebensmittel eben.«

Vorsorgendes Wirtschaftens stützt sich dabei auf drei Handlungsprinzipien: Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen.

Bei der »Vorsorge« geraten die sozialen Beziehungen zwischen Menschen in den Vordergrund, »als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. [...] Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns. Insbesondere dort, wo es unbekann-

te Risiken gibt oder Nicht-Wissen, ist Vorsicht geboten, um zukünftige Generationen nicht zu beschädigen.“

»Kooperation« meint ein Wirtschaften, „in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird.“ Statt Konkurrenzfähigkeit braucht ein vorsorgendes Wirtschaften Verantwortung und Kooperationsfähigkeit.

Schließlich orientiert sich Vorsorgendes Wirtschaften nicht an Wachstumsraten und individuellem Maximalgewinn, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Wobei zum »guten Leben« vor allem Gerechtigkeit gehört im Sinne von mehr Gleichheit.

„Erhalten/Erneuern im Gestalten – so habe ich die neue Rationalität bezeichnet. Ja - die neue Ökonomie ist eine haushälterische Ökonomie. Die Menschen, die in ihr tätig sind, sind nicht, wie heute oft verlangt, »Arbeitskraftunternehmer«, sondern »Lebenskraft Haushälterinnen«. Vernunft hat hier nichts zu tun mit irgendwelcher Maximierung. Vernünftig ist vielmehr dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird. [...] Die zugrunde liegenden Werte werden dabei offen gelegt und dem Diskurs ausgesetzt – vorsorgendes Wirtschaften ist bewusst auch ein normatives Konzept und beruht auf ethischen Grundlagen.“

Vorsorgende Wirtschaftsweise umfasst mindestens drei Dimensionen: die ökologische, die soziale, die marktformig-monetäre. Knapp gesagt geht es darum,

- dass Wirtschaften stofflich so gestaltet wird, dass die Reststoffe von der Natur aufgenommen und wieder in produktive Ressourcen verwandelt werden können;
- dass energetisch alles Wirtschaften auf dezentral organisierte erneuerbare Energieträger umgestellt wird (energieautonome Regionen);
- dass Erwerbsarbeitszeit radikal verkürzt werden muss, wobei es parallel um die Aufwertung von Care-Arbeit und die Umverteilung aller Arbeiten zwischen den Geschlechtern geht;
- dass unter dem Gesichtspunkt der Suffizienz alle Bedürfnisse und die Art ihrer Befriedigung auf den Prüfstand zu stellen sind (z.B. durch ein Verkehrssystem, das autofreies Leben möglich macht, oder durch eine Stadtentwicklungspolitik, die eine Versorgung mit ökologischen Lebensmitteln sicherstellt.);



- dass die erforderliche kulturelle Revolution basieren muss auf Geschlechtergerechtigkeit, denn: „Abwertungen und Werte-Hierarchien sind ein Hindernis für die Ausgestaltung des Neuen. Denn hier werden gleiche Erfahrungen als Basis für die Kommunikation über die neue Wirtschaftsweise und die Diskurse über den allen unbekanntem Weg dorthin gebraucht – das ist nur mit einem paritätischen Geschlechterverhältnis zu machen. Geschlechtergerechtigkeit ist hier also nicht nur moralisches Anliegen, sondern Basisressource für die zukunftsfähige Ökonomie und Maßstab des Neuen.“

Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens ist aus Sicht Adelheid Bieseckers eine konkrete Utopie, weil vieles möglich und schon ausprobiert ist, z.B. nachhaltige Landwirtschaft und sorgende Netze für das Aufwachsen von Kindern im Stadtteil bis hin zu Genossenschaften und vorsorgenden Banken wie der GLS-Bank.

„Meine Überlegungen und diese vielen Praxisprojekte machen deutlich: Die Frage nach Wachstum stellt sich nicht, wenn vorsorgend gewirtschaftet wird. Wachsen und Schrumpfen sind ganz unpassende Begriffe für eine Wirtschaftsweise, die ihre Aufgabe in der langfristigen Sicherung von Lebensprozessen der Menschen und der Natur sieht.“

Aber: Weil vorsorgend wirtschaftende Menschen und Gesellschaften sich der Profitökonomie entziehen, ist ein solcher Transformationsprozess umkämpft. „Es hilft aber nichts – anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.“

Literatur:

Biesecker, Adelheid/ Matthes, Maite/ Schön, Susanne/ Scurrell, Babette (Hg.): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens. Bielefeld 2000.

WBGU: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger - http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf

Oliver Stone und Tariq Ali

Zur Geschichte

Während ihrer Zusammenarbeit an den Dokumentarfilmen »South of the Border« und »The Untold History of the United States« führte der Filmemacher Oliver Stone mit dem Schriftsteller Tariq Ali ein längeres Gespräch über die Rolle der Politik in der Geschichte. Der Hamburger Laika-Verlag hat das daraus entstandene Buch in deutscher Übersetzung herausgebracht.

Was das Buch für Linke in Deutschland lesenwert macht, ist die andere Perspektive auf die Geschichte der letzten 100 Jahre. Denn Stone und Ali diskutieren nicht eurozentristisch, sondern nehmen »Welt«-Geschichte in den Blick aus der Sicht der USA. Wobei der in Pakistan geborene Tariq Ali auch die antikolonialen Kämpfe dazu in Beziehung setzt. Dabei kommen zahlreiche vergessene oder in Europa nie wahrgenommene Episoden der US-amerikanischen Geschichte ans Licht: vom Eingreifen der Vereinigten Staaten gegen die Russische Revolution über den dynamischen Radikalismus der Industrial Workers of the World bis zu den immer noch bestehenden engen Beziehungen zwischen den verschiedenen Präsidenten der USA und dem saudiarabischen Königshaus oder der Einmischung in die politischen Angelegenheiten Pakistans.

Oliver Stone und Tariq Ali: Zur Geschichte. (Laika-Verlag) Hamburg 2011. ISBN: 978-3942281-16-4. 96 S. 14,90 €

Die fremden Nächsten

Studie über Zwangsarbeit

Die hannoversche Landeskirche hat jetzt die Zwangsarbeit in ihren Einrichtungen während der NS-Zeit erforschen lassen. Die Autoren der Studie »Die fremden Nächsten« haben 135 Frauen und Männer ermittelt, die während des Nationalsozialismus zwangsweise für die hannoversche Kirche und Diakonie gearbeitet haben. Die wirkliche Zahl liegt nach ihren Recherchen jedoch höher. Die meisten von ihnen waren in der Landwirtschaft sowie als Haus- und Küchenhilfen tätig.

Gemessen an zwölf Millionen Ausländern, die während der NS-Zeit in Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, ist der Anteil in kirchlichen Einrichtungen eher gering. Allerdings hat die Kirche das System nicht infrage gestellt.

Für Celle fanden sich Beispiele aus dem Linerhaus, und von der »Herberge zur Heimat« aus wurden 380 Zwangsarbeiter_innen auf ihre Arbeitsstellen, z.B. Rheinmetall Unterlüß, verteilt.

Martin Engelhardt und Uta Schäfer-Richter: Die fremden Nächsten - Zwangsarbeit in der hannoverschen Landeskirche und ihrer Diakonie, (Landeskirchliches Archiv) Hannover 2011. ISBN: 978-3-9806265-8-3. 171 S. 15 Euro.

Bernhard Schmid

Die arabische Revolution?

Anfang 2011 hätte wohl kaum jemand für möglich gehalten, dass die seit Jahrzehnten bestehenden Regimes in der arabischen Welt so schnell ins Wanken geraten könnten. Die deutschen Medien hatten schnell ihre Schlagworte gefunden: »Demokratischer Aufbruch« oder »Facebook-Revolution« - und dass hinter dem militärischen Eingreifen in Libyen letztlich der Zugriff aufs Öl steckte, wurde nur gelegentlich gemutmaßt, verbunden mit der indirekten Kritik an der deutschen »Enthaltensamkeit«. Und für Analysen hat man ja als Talkshow-Gast Peter Scholl-Latour (*„Wir sind im Orient, da sind alle möglichen Kungeleien denkbar“*).

Wer versuchte, sich im Internet zu informieren, stieß schnell auf die Arbeiten des Journalisten Bernhard Schmid. Sein Vorteil: Er lebt seit rund 15 Jahren im Herzen der für den mediterranen arabischen Raum »zuständigen« Macht, in Frankreichs Hauptstadt Paris. Und er hat als »Linker« einen anderen Blick auf Motive und Dynamik von Revolten. In der »edition assemblage« hat er jetzt eine kompakte Fassung seiner Recherchen und Überlegungen herausgegeben.

Er gibt Antworten auf die Fragen: Was wollen die Protestierenden? Wie verhält es sich mit den Kräfteverhältnissen in Bewegung und Gesellschaft und wie sind die Geschehnisse aus emanzipatorischer Sicht zu bewerten? Was sind die Gemeinsamkeiten, was die Unterschiede in den verschiedenen Ländern?

Schmid nimmt die sozialen Bewegungen in den Blick, z.B. die Bedeutung der Streiks in einzelnen Ländern oder die soziale Lage der »verlorenen Generation« (Arbeitslose mit Hochschuldiplom). Auch die Rolle der Islamisten analysiert er neben den religiösen Unterschieden vor allem hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen-sozialen Verankerung. Interessant ist das vergleichende Kapitel über die Antworten der Regimes, die sich im Kern auf »institutionelle Reformen«, »Geldausschütten« und/oder »Repression« reduzieren lassen. Die Rolle der imperialistischen Mächte beantwortet Schmid unter der Frage »Komplize der Repression, militärisches Eingreifen oder Partner der Demokratisierung«, wobei insbesondere seine Kenntnis der französischen Politik interessante Einsichten gewährt.

Bernhard Schmid gelingt es in dem kleinen Band, die wesentlichen Tendenzen herauszuarbeiten – und er verbindet dies mit einer Hoffnung: Denn der arabische Frühling zeige, „dass es Menschen grundsätzlich – auch unter seit Jahrzehnten »versteinerten« Verhältnissen – gelingen kann, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.“

Bernhard Schmid: Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten, (edition assemblage) Münster 2011. 120 S. 12,80 EUR. ISBN 978-3-942885-02-7

Wietze im Krimi

Tulpen aus dem Schlachthof

Unfall, Freitod oder Mord? Und das direkt im Haus von Martin Spranger, Mölzes (Gelegenheits-)Detektiv. Elena, die junge Lehrerin, die zur Miete bei ihm wohnte, ist jedenfalls tot. Als die Polizei auch ihn verdächtigt, kommt Spranger nicht umhin, selbst zu ermitteln. Die Suche nach einem Motiv bleibt nebulös - Eifersucht, Rache? Elena hatte anscheinend Kontakte zu militanten Tierschützern, die gegen einen Geflügelschlachthof protestieren und Aktionen gegen den Bau von Mastställen planen. Aber kann, wer Tiere schützen will, Menschen töten? Als fast ein zweiter Mord passiert, wird klar, dass Elenas Netbook die Spur zum Mörder weisen könnte. Aber es ist gestohlen. Was macht die darauf befindlichen Informationen so brisant? Für wen sind sie gefährlich?

Cornelia Sziget gelingt auch in ihrem zweiten Celle-Krimi eine spannende Suche nach Mörder und Motiv. Die Geschichte lebt daneben auch vom Lokalkolorit. Da die Autorin erneut nicht verrät, warum Celle bei ihr Mölze heißt, sei es hier enthüllt: Der Maler und Dichter Fritz Grasshoff, der den kreativsten Teil seines Lebens in Celle verbrachte, nannte die Stadt in seinem einzigen Roman so. Und nach seinem »Helden« Heinrich Blaue hat Sziget dann die Stiftung benannt, die mit ihrem Gebäude in der Zöllnerstraße einen kleinen Nebenschauplatz liefert und für »Einheimische« unschwer als RWLE-Möller-Stiftung zu enträtseln ist. Das »Rio's« kommt ebenso vor wie das »Bunte Haus«, denn dort treiben sich jene jungen Leute herum, die gegen den Bau von Geflügelmastställen anscheinend auch mehr machen wollen, als Flugblätter zu verteilen. Und die Tote? Sie hat, wie sich herausstellt, Informationen gesammelt zum Wietzer Geflügelschlachthof. Was das eine mit dem anderen zu tun hat – das versucht Martin Spranger herauszufinden.

Viel hat sich aus seiner Selbständigkeit als Privatdetektiv, die im ersten Krimi vor allem als Verlegenheitslösung gegenüber Anforderungen der Arbeitsagentur entstanden war, nicht entwickelt. Mehr beschäftigt ihn sein individueller »ökologischer Fußabdruck«. So ist sein Blick auf die ihn umgebende kleine Welt weiterhin die eines Außenseiters. Und dass in der großen Welt alles zunehmend aus den Fugen gerät, lässt sich eben mittlerweile auch vor der eigenen Haustür mitbekommen.

Kurzum: Cornelia Sziget knüpft mit einer vertrackten Geschichte und zum Teil bekanntem Personal an ihren ersten Roman an. Mit dem Themenfeld Ernährung und Tierethik lässt sie aktuelle Diskussionen einfließen. So kann der Krimi eventuell über das entspannende Lesevergnügen hinaus sogar für die eine oder andere Gesprächsanregung geben.

Cornelia Sziget: Tulpen aus dem Schlachthof. Ein Celler Regionalkrimi. (edition winterwork) Borsdorf 2011. ISBN 978-3-86468-026-7. 254 S. 12,90 Euro.



Von alten und neuen Nazis Tödliche Offenbarung

Geschickt verwoben sind im neuen Krimi der hannoverschen Autorin Cornelia Kuhnert einige Handlungsstränge, von denen zwei offensichtlich an Ereignisse im Landkreis Celle angelehnt sind. Doch Ausgangspunkt ist ein im Golfclub Isernhagen ermordeter Betreiber von Online-Nachrichtenportalen. Hat er auch etwas zu tun mit den Neonazis, die in einem ehemaligen Landschulheim in Ehlershausen eine Schulungsstätte aufzubauen versuchen (remember Gerhus)? Und welche Rolle spielen die in einem dritten Erzählstrang eingebundenen Protokolle über die Celler »Hasenjagd« - wiederentdeckte Interviews mit Zeitzeugen (und Tätern) aus dem Jahr 1952? Selbstverständlich hängt alles irgendwie zusammen und Stück für Stück setzen die Ermittler das Puzzle zusammen.

Während die Schilderungen der Neonazi-Szenerie wie auch des populistischen Online-Journalismus' eher an der Oberfläche bleiben, gelingt mit den fiktiven Protokollen zum Celler Massaker so etwas wie Mentalitätsgeschichte. Für Fans des Regionalkrimis wegen seiner vielfältigen Bezüge zum Celler Land ein Muss.

Cornelia Kuhnert: Tödliche Offenbarung. (zu Klampen) 2011. ISBN 978-3-86674-154-6. 426 S. 14,80 Euro.



Kino 8 ½ im Nov./Dez.

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



11. und 12. November

DIE ANONYMEN ROMANTIKER

Ein Mann und eine Frau, die beide hochempfindsam auf ihre Umwelt reagieren, lernen sich kennen, als sie, eine begnadete Chocolatière, als neue Verkaufsleiterin in seiner finanziell angeschlagenen Schokoladenmanufaktur zu arbeiten beginnt. Über eine Reihe charmanter Missverständnisse kommen sie sich schließlich näher. Eine liebenswert-turbulente Liebesgeschichte mit anrührend gezeichneten Hauptfiguren im Stil klassischer Screwball-Comedies; augenzwinkernd und durchaus anrührend spürt sie dabei der Reibung ihrer Protagonisten nach.

Frankreich/Belgien 2010, 80 Minuten

18. und 19. November

CRAZY, STUPID, LOVE

Ein Mann, der von seiner Frau verlassen wurde, leidet am Trennungsschmerz, bis sich ein junger Gigolo seiner annimmt und ihm Nachhilfe im Flirten gibt. Doch die Erfolge bei den Frauen, die er daraufhin verbuchen kann, trösten ihn nicht über den Verlust seiner großen Liebe hinweg. Die mit vielschichtigen Figuren und klugen Dialogen aufwartende Komödie spürt der Sehnsucht und dem Glück, den Enttäuschungen und Schmerzen der Liebe jenseits gängiger Klischees nach und bringt überzeugend Witz, Romantik und Lebensklugheit in Einklang.

USA 2011, 118 Minuten

25. und 26. November

MEIN BESTER FEIND

Der Sohn eines jüdischen Kunsthändlers in Wien ist der beste Freund eines jungen Mannes, der wie ein Ziehsohn seiner Familie mit ihm aufwuchs. Nach der Machtergreifung des NS-Regimes tritt der Freund in die SS ein und lässt sich von den Nazis instrumentalisieren. Eine verschwundene Zeichnung von Michelangelo sowie zahlreiche Verwirrungen und ein gefährlicher Rollentausch sorgen dafür, dass der junge Jude die Täter-Opfer-Konstellation austricksen kann. Intelligen-

te, darstellerisch hervorragende Verwechslungskomödie mit teils aberwitzigen Szenen. Hinter dem märchenhaften Räderwerk des klug entwickelten Unterhaltungsfilms wird das System des Nationalsozialismus als blanker Terror und Gewaltzusammenhang sichtbar.

Österreich/Luxemburg 2011, 109 Minuten

02. und 03. Dezember

LE HAVRE

Ein alternder Schuhputzer in der Hafenstadt Le Havre nimmt sich eines afrikanischen Flüchtlingsjungen an. Diverse Freunde unterstützen ihn dabei, dem Kind die Weiterreise nach London zu ermöglichen, wo es seine Mutter finden will. Aki Kaurismäki erzählt in seinem für ihn typischen lakonischen Stil ein zutiefst humanistisches Drama, das wie ein Gangsterfilm anfängt, dann aber zunehmend märchenhaftere Züge annimmt und sich dabei zu einem mitreißenden Plädoyer für die Veränderbarkeit maroder Zustände verdichtet.

Finnland/Frankreich/Deutschland 2011, 93 Minuten

09. und 10. Dezember

SOMMER IN ORANGE

Eine Berliner Wohngemeinschaft aus Sannyasin-Anhängern verschlägt es ins ländliche Bayern, wo ein Mitglied einen Hof erbt. Die "Ureinwohner" zeigen sich von den erleuchtungssehnsüchtigen neuen Nachbarn, die aus dem Hof ein Therapiezentrum machen wollen, nachhaltig irritiert. "Culture Clash"-Komödie, erzählt aus der Perspektive einer aufgeweckten Jugendlichen, die sich in ein neues Umfeld integrieren und zugleich um die Liebe und Aufmerksamkeit ihrer Mutter ringen muss. Das bunte Kaleidoskop an Episoden und Konflikten stellt sowohl die Indien-begeisterten Sinnsucher als auch die bayerischen Provinzler mit mildem Spott dar, entfaltet sich aber angesichts der Fülle an Erzählmaterial allzu kurzatmig. Einige originelle Regie-Einfälle sowie die gute Musik werten den an sich konventionellen Film auf.

Deutschland 2011, 110 Minuten

16. und 17. Dezember

DER GROSSE CRASH – MARGIN CALL

Ein Analyst einer Investmentbank findet heraus, dass dem Finanzmarkt ein großer Crash bevorsteht. Er alarmiert seine Vorgesetzten. Im Lauf einer Nacht müssen sie entscheiden, ob sie ihre eigenen Schäfchen ins Trockene bringen oder im Interesse des Marktes und ihrer Anleger handeln wollen. Im Stil einer klassischen Tragödie wird in einem engen zeitlichen und räumlichen Rahmen ein brisanter moralischer Konflikt ausgegagt. In Gestalt einer Reihe furioser Porträts werden beispielhaft Fragen von persönlicher Verantwortung angesichts anonymisierter Marktstrukturen verhandelt. Dank einer konzentrierten Inszenierung, treffsicherer Dialoge und eines erstklassigen Ensembles eine überzeugende Studie menschlicher Handlungsspielräume in einem kapitalistischen System.

USA 2011, 109 Minuten

Politische Termine in und um Celle

Do., 24. November, 10.00

„Wer im Wort wohnt, dem verschlägt es nicht die Sprache“

Referentin: Annegret Arndt, Isernhagen

Sanary-sur-Mer, ein kleines Fischerdorf am Mittelmeer nicht weit von Marseille, entwickelte sich in den Jahren nach der Machtergreifung Hitlers zu einem Zufluchtsort namhafter deutschsprachiger Schriftsteller. Unter Palmen in südlicher Sonne fanden hier Thomas Mann, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Ludwig Marcuse, Rene Schickel, Bert Brecht, Arnold Zweig, Franz Werfel, Alfred Kerr u.a. ihr „Paradies wider Willen“. Mit der Annexion Österreichs 1938 und dem Angriff auf Polen 1939 verschlechterte sich die Situation der Literaten im Exil. Die vorher freundlich aufgenommenen Gäste wurden plötzlich zu feindlichen Ausländern.

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Paris wurde ihre Lage lebensbedrohlich. Sie wurden in unwürdigen, eiligst hergerichteten Lagern interniert und waren damit der Gefahr ausgesetzt, den deutschen Häschern in die Hände zu fallen, was ihren sicheren Tod in den Vernichtungslagern des Ostens bedeutet hätte. In ihrer literarischen Kollage legt Annegret Arndt ihr Hauptaugenmerk auf diese namhaften Literaten.

Synagoge, Im Kreise 24 - 8 Euro

Sa., 26. November, 10.00

Mit dem Bus zur Castor-Kundgebung nach

Dannenberg

Anmeldung über forum-gegen-atomenergie@gmx.de oder 05141-31566

Kosten: 11 Euro; erm. 7 Euro



Die revista Redaktion
lädt Euch ein zur

Soli-Party

am Donnerstag den 29.12.2011
ab 21:00 Uhr im Bunten Haus
Celle, Hannoversche Str. 30

feiern und trinken für revista

Bringt Eure TOP 3 Polithits mit
(auf CD oder USB)



Revista, c/o Buntes Haus
Postfach 91 88, 29209 Celle,
SKI, Sparkasse Celle, BLZ 257 503 01,
K.Nr.: 108 099 698, Stichwort: revista

So., 04. Dezember, 11.00

Die Bücher der Felice Schragenheim

Lesung von Oskar Ansell

Die dokumentarische Erzählung „Aimée und Jaguar“ von Erica Fischer und der gleichnamige Film haben das Leben der lesbischen Jüdin Felice Schragenheim, die im Frühjahr 1945 im KZ Bergen-Belsen umgekommen ist, einem breiten Publikum nahe gebracht.

Bei ihrer geplanten Auswanderung aus NS-Deutschland wollte sie einen Koffer mit ihren Lieblingsbüchern mitnehmen. Oskar Ansell stellt diese Bücher auf ebenso unterhaltsame wie nachdenkliche Weise vor und lässt erkennen, was sie für Felice Schragenheim bedeutet haben.

Gedenkstätte Bergen Belsen

Sa., 17. Dezember, 14.00

Demonstration in Eschede

Gegen die Wintersonnwendfeier der Neonazis auf Hof Nahtz; Aufruf siehe S. 19.

Auftakt am Bahnhof

So., 18. Dezember, 15.00

Literatur-Links

Mitglieder des Celler Rosa Luxemburg Clubs und Interessierte präsentieren in kurzen Vorstellungen ihr "Buch des Jahres" (Belletristik und/oder Sachbuch). Das alles bei Tee/Kaffee, Kuchen & Gebäck – und einen Sherry gibts vielleicht auch.

Ver.di Büro, Am Wasserturm



Kunst & Kultur

Do. 17. November, 21.00

Red Hot Chilli Pipers

CD Kaserne, 26,00 / VVK 23,90

Fr., 18. November, 20.00

Neue Jazz Initiative SESSION

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 18. November, 21.00

Jailbreaker

CD Kaserne, 14,00 / VVK 12,90

Mi., 23. November, 20.00

Vargas Blues Band

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 25. November, 20.00

Men in Blues

das sind Richard Bargel & Klaus "Major" Heuser mit Band

CD Kaserne, 18,00 / VVK 15,90

Fr., 25. September, 20.00

Open Stage der CRI

CRI-Räume (Hannoversche Str. 30d)

Sa., 26. November, 20.00

Nacht der Trommeln

mit Amoroso, Samba beija flor, Stick Connection

CD Kaserne, 11,00 / VVK 9,90

Do. 1. Dezember, 20.00

Gregor Hilden

Herzog Ernst, Eintritt frei

Do. 1. Dezember, 20.00

Lydie Auvray Trio

Hof Wietfeldt, 25,00, VVK 20,00

Mi., 7. Dezember, 20.00

Alin Coen Band

CD Kaserne, 17,00 / VVK 14,90

Sa., 10. Dezember, 20.00

Blues Nacht

mit Stars & Bars, SOWhAT" & Digger Barnes Band

CD Kaserne, 16,00 / VVK 14,90

Do., 15. Dezember, 20.00

Leburn Maddox's 3rd Dregree

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 23. Dezember, 20.00

Oldtime Jazz SESSION

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 16. Dezember, 20.00

Eldorado Groove Orchestra

CD Kaserne, 16,00 / VVK 14,90

So., 18. Dezember, 16.00

Pour l'amour

CD Kaserne, 19,00 / VVK 16,90

So., 25. Dezember, 23.00

Celebration

CD Kaserne, 10,00 / VVK 8,00

Mo., 26. Dezember, 21.00

Freedom Party

CD Kaserne, 5,00 / VVK 4,90

Do., 29. Dezember, 21.00

Revista-Soli-Party

Bringt eure 3 Lieblings-Politsongd mit auf CD oder USB.

Buntes Haus

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Attac-Plenum

jeden 1. und 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Ange-
stellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Regionale Energie & Kon- sum-Wende (Transition Town)

jeden 1. Di. im Monat, 18.30
Uhr – Buntes Haus

... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Plenum

jeden Do., 19 Uhr

Info-Café:

jeden 1. + 3. Mi. im Mo., 19 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

inhaltliches Hausplenum

jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

Kneipe

jeden Mo. 20 Uhr

Infoladen

jeden Mo. 19-21 Uhr

Die nächste Ausgabe der revista gibt es erst im Februar;
Redaktionsschluss ist der 16. Januar 2012. Wir freuen uns
auf eure Artikel und Fotos!